

Schreibt, neuerdings ein schlagender Beweis, wie tagtäglich das Maschinen- und Zugpersonal der Gefahr ausgesetzt ist.

Am Offenbach (Aueich) wird unter dem 31. Oktober der Mannheimer „Volkstimme“ geschrieben:

Wester früh rief der Zug Nr. 821, von Landau herkommend, auf der Station Dreihof in der Mitte an. Der hintere Theil blieb auf der Station Dreihof stehen. Infolge sehr starken Nebels und durch das Getöse der Maschine konnte man von vorne den Zug nicht überblicken und auch das Haltsignal, das vom Bahnbew. Zugpersonal gegeben wurde, nicht hören. Der vordere Zug fuhr dann bis Hochstadt, wo man das Fehlen eines Theils des Zuges bemerkte. Sofort wurde dann wieder nach Station Dreihof zurückgefahren und die anderen Wagen wieder angehängt, wobei der Zug eine Verspätung von beinahe dreiviertel Stunden erlitt. Weitere Unfälle sind nicht vorgekommen.

Zur Berichtigung des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes, Gaebel, macht die „Frankfurter Zeitung“ darauf aufmerksam, daß diese Berichtigung das Wesen der Sache gar nicht berührt, nämlich die Frage, wer denn tatsächlich Herrn Gaebel zu seiner Empfehlung der Hülle'schen Schriften veranlaßt hat. Man weiß aber, wer das ist.

Ein zweiter Fall Brausewetter? In Leipzig wird, wie die „Dresdener Morgenzeitung“ in Erfahrung gebracht haben will, das auffallende und Aufsehen erregende Benehmen eines Mitgliedes des Reichsgerichts anlässlich der kürzlich geschlossenen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung viel besprochen. Es verläutet jetzt, daß der betreffende Rath die angebotenen Handlungen unter dem Einflusse eines Gebrüchlebens begangen habe. Wir möchten an der Wahrheit der mit großer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte vorläufig noch zweifeln. Für das öffentliche Rechtsbewußtsein müßte es außerordentlich peinlich sein, wenn der Fall Brausewetter im Reichsgericht eine Wiederholung finden sollte.

Deshalb erwarten wir rasche Klarstellung seitens des Präsidiums des Reichsgerichts oder des Reichsjustizamtes.

Zum Beleidigungsprozess Leopold's von Belgien gegen den Redakteur des „Echo“ nimmt die „Nordd. Allg. Ztg.“ wiederholt das Wort und erklärt, die deutsche Regierung habe „weder den in Rede stehenden Artikel des „Hamburger Echo“ zur Kenntniß der belgischen Regierung gebracht, noch sonst in irgend einer Weise, sei es direkt oder indirekt, die Verfolgung des „Hamburger Echo“ bei der belgischen Regierung angeregt oder eine Anfrage an sie diesbezüglich gerichtet. Hiermit entfallen alle entgegenstehenden Annahmen und Unterstellungen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ irrt. Es ist nicht gesagt worden, daß die deutsche Regierung den Strafprozess veranlaßt habe, sondern von Beamten der deutschen Regierung war die Rede. Dies muß auch durchaus ausdrücklich erhalten werden.

Sozialistengesetz und Berl. Neueste Nachrichten. Das Sozialistengesetz hat doch seine gute Wirkung ausgeübt! In dieser Entdeckung gelangen die „Berliner Neuesten Nachrichten“, indem sie behaupten, daß die sozialdemokratischen Parteileiter in wohlüberlegter Absicht die Auffassung vorbrachten, daß ihnen ein neues Sozialistengesetz gar nicht unwillkommen wäre, weil unter dem Drucke desselben, nach den Erfahrungen der Vergangenheit, die Partei äußerlich erstärkte und sich innerlich festigte. Auf dem Parteitag in Hamburg jedoch haben die Kennerungen Bebel's deutlich verrathen, daß die sozialdemokratische Führerschaft mit berechtigtem Bangen die Möglichkeit eines strammen gesetzgeberischen Vorgehens gegen ihre Thätigkeit ins Auge faßt. In Hamburg wurde ohne Umschweife zugegeben, daß das Sozialistengesetz eine niederdrückende und aufreizende Wirkung ausgeübt habe.

Was dem genannten Blatte an der Rede Bebel's so sehr gefällt, ist eine von der Partei längst anerkannte Beurtheilung des Sozialistengesetzes. Nur wird kein vernünftiger Mensch die Schlussfolgerung ziehen, zu der die „Neuesten Nachrichten“ kommen. Hätten wir einen so feindseligen Wunsch nach einem Sozialistengesetz, dann wäre der Kampf gegen die Umkehrpostage doch wenig verständlich. Nein, über die Wirkung solcher Gesetze sind wir uns vollkommen klar; sie zerstören die mühsam aufgebauten Organisationen der Gewerkschaften und der Partei, sie erfordern große Opfer von den einzelnen Parteigenossen und bringen die politische Entrechtung der Arbeiterklasse. Schon aus diesen Gründen werden wir uns zu allen Zeiten gegen solche geschäftlichen Maßnahmen mit aller Entschiedenheit wenden, und das ist es, was Bebel in seiner Rede hervorhob. Dabei ist zu betonen — und Bebel hat das wiederholt im Parlament gethan — daß bei aller Verfolgung und Entrechtung der Arbeiterklasse unsere Gegner bisher den Zweck nicht erreicht haben und auch in Zukunft nie erreichen werden, der allein als Ziel ihrer Bestrebungen gelten darf, nämlich die Verminderung unserer Anhängerschaft. Die Zahl unserer Anhänger ist trotz aller Verfolgung gewachsen und deshalb sehen wir mit einem Gefühl der Sicherheit und der Ruhe auf die mühevollen Veruche unserer Gegner, die Sozialdemokratie zu vernichten. Man kann ihre Organisationen zerstören, aber ihr nicht die Anhängerschaft entziehen.

Zur Gründung der Versicherungsgesellschaft Industria, welche die Großindustriellen gegen die Schädigung durch Streiks schützen soll, schreibt man der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin:

Auf Vorschlag der preussischen Regierung sollen bei der neugegründeten Gesellschaft, die die Arbeitgeber gegen die Verluste bei Arbeits einstellen schädlos halten soll, solche Ausstände nicht unter die Versicherungspflicht, die der Arbeitgeber unberichtigterweise provoziert.

Das ist ja rührend. Anlässlich haben aber bloß die Unternehmer über die für sie so schwierige Frage zu entscheiden, ob sie die Arbeits einstellen provozieren wollen.

Der „Berliner Börsen-Courier“ macht über diese eigenartige Gründung folgende Mittheilung: „Der notarielle Gründungsakt ist am 28. Oktober d. J. unter Annahme der Statuten geschlossen. Das Aktienkapital ist vorläufig auf fünf Millionen Mark festgesetzt. An der Spitze des Unternehmens stehen u. a. die Herren Ing. Kommerzienrath Hermann Wirth-Berlin (i. B. Koppe u. Wirth), Fabrikbesitzer H. v. Dreyse-Sommerda, Fabrikdirektor Ludwig Krenning-Berlin (Eisengießerei H. G. Krenning u. Thomas), Fabrikbesitzer Eugen Grimm (in Firma Sperling u. Herzog), Leipzig, Danbeldrucker H. Thieme, Leipzig, Fabrikbesitzer O. Weigert-Berlin, Versicherungsdirektor Kap-Berlin, Fabrikbesitzer Jasper-Bernau, Robert Deschläger-Leipzig, Fabrikdirektor Goepfert-Burgun (Sächsischer Bronze-waren-Fabrik, A. G.), Fabrikbesitzer Ernst Otto-Berlin (i. B. Ferd. Ziegler u. Co.) und Rechtsanwalt Dr. Lubjanski-Berlin.“

Die Reichstags-Kandidatur des General v. Bronsart v. Schellendorff im Kreise Göttraw kann, wie die „Westf. Nachr.“ mittheilen, noch nicht als vollendete Thatsache angesehen werden. Sicher ist, daß der bisherige Abgeordnete des Kreises Graf v. Schlieffen nicht wieder kandidieren will. Die Verhandlungen über Aufstellung eines anderen Kandidaten sind jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt. Wichtig sei, daß viele Mitglieder des konservativen Wahlvereins die Aufstellung des ehemaligen Kriegsministers dringend wünschen. Aber auch eine Erklärung des Herrn Bronsart liege bisher nicht vor.

Auch Herr D. J. ann, der Führer des pfälzischen National-Liberalismus, schießt sich den Bennigen und Hammacher an und will nicht mehr in den Reichstag gehen. Allerdings ist Herr D. J. ann kein junger Mann mehr, er geht in das 69. Lebensjahr, aber es dürften auch andere Gründe die Lust am Parlament mibeweiht haben. Auch im pfälzischen National-Liberalismus streifen mannigfache Schwierigkeiten und Zwispaltigkeiten. Auch dort sind agrarische Elemente in die Häuden der National-Liberalen eingebrochen und machen denselben das Leben sauer.

Eine Preisprechung, die der „Kreuz-Zeitung“ nicht gefällt. In Colmar wurde ein Dragoner von einem gewissen Engasser erschossen. Der Vorgang wird folgendermaßen geschildert: Engasser ärgerte sich über die häufige Beschmutzung des durch ein Gitter geschlossenen Eingangs in seinen Hof. Bei

dieser Gelegenheit geräth er eines Nachts in heftigen Streit mit dem dabei betroffenen Dragoner Schmitz, holt ein Gewehr und schießt ihn, wie Engasser behauptet, durch einen bei dem Hin- und Herziehen des Gewehres von selbst losgegangenen Schuß nieder. Das Schwurgericht sprach den Mann frei. Die „Kreuz-Zeitung“ beklagt sich nun, daß die Presse, welche im Verweil-Halle eifrig auf strenge Bestrafung gedrungen habe, in diesem Falle, wo wir Soldat der Getödtete, nicht ebenso verfähre. Die „Kreuz-Zeitung“ läßt sich dabei ein Urtheil über das Schwurgericht entschlüpfen, wie ein es uns nicht ähnlich erlauben dürften; sie sagt, daß durch dies Urtheil „Gefetz und Ordnung schwer geschädigt sind“. Die „Kreuz-Zeitung“ ist nämlich der Meinung, daß die Geschworenen aus Abneigung gegen das Militär ihr Urtheil gefällt haben.

Wir können und keine Meinung über diese Angelegenheit bilden, so lange nicht die Einzelheiten des Prozesses bekannt sind. Es scheint jedoch, als hätten die Geschworenen angenommen, daß das Gewehr möglicherweise ohne jedes Verschulden des Engasser, vielleicht durch das Verschulden des Soldaten selbst losgegangen sei. Dann ist das Urtheil ganz korrekt.

Gegen Pfarer Raumann in vom General-Kommando des 10. Armeekorps Strafprozess wegen Verleumdung gestellt. Die noch erinnerlich sein dürfte, machte Dr. Ruprecht in Vöitingen wegen seiner Thätigkeit als Mitglied des national-sozialen Vereins den Absicht als Reserve-Offizier nehmen. An diese Meldung hatte Pfarer Raumann in der jetzt eingegangenen „Zeit“ einige kritische Bemerkungen geknüpft, die nach Meinung des General-Kommandos eine Verleumdung des Majors Schönbeck enthalten sollen.

Volksschul-Unterricht nach orthodoxen Wünschen. Das „Mecklenburger Schulblatt“ schreibt:

„Güte Dich vor dem ersten Schritt, noch steht Du unberührt von dem falschen Götzen der Wissenschaft. Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, so erfnst er nach und nach die ganze Hand. Du bist ihm rettungslos verfallen, mit geheimnißvoller Handtrast umgarnet er Dich und führt Dich hin an den Baum der Erkenntniß, und hast Du nun einmal davon gekostet, so zieht er Dich immer wieder mit magischer Gewalt zu dem Baume zurück, ganz zu erkennen, was wahr und was falsch, was gut und was böse sei. Wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld!“

Dies Paradies wird der Schulheilige vergeblich vor dem Sündenfall bewahren können, vom Baum der Erkenntniß naschen die Nachkommen des ersten sündigen Menschenpaars auch heute gern.

Hannover, 2. November. Auch ein Jubiläum. Gestern waren, woran der „Volkswille“ erinnert, 60 Jahre vergangen, seitdem der vielgenannte Ernst August, feinerzeit König von Hannover, die Aufhebung des hannoverschen Staatsgrundgesetzes verfügte. Bekanntlich protestirten damals gegen diesen Verfassungsbruch die sog. „Göttinger Sieben“: die Professoren Dahlmann, Gerwinus, Jacob und Wilhelm Grimm, Weber, Albrecht und Ewald, was zur Folge hatte, daß sie sämtlich ihres Amtes enthoben wurden; Dahlmann, Jacob Grimm und Gerwinus mußten binnen drei Tagen das hannoversche Land verlassen. Hier in Hannover ward der damalige Stadtdirektor Rumann auf Befehl des Königs vom Amte suspendirt, weil er eine Beschwerde an die Bundesversammlung über den Verfassungbruch des Königs mit unterschrieben hatte.

Torunnd, 2. November. Russische Unterthanen, welche schon eine lange Reihe von Jahren auf höchsten Werken und in der Umgegend, namentlich auch in Hörde, thätig sind, erzielten Bundesausweisungen. Die „Tremonia“ meint, daß diese Maßregelung wohl noch fortgesetzt werde und fragt, wie sich dies wohl gegenüber den „freundlichen“ Beziehungen zu Rußland und umgekehrt erklären lasse.

Wreßchen, 1. November. („Pos. Tagbl.“) Beschäftigung russisch-polnischer und galizischer Arbeiter. Der Landrath des diesseitigen Kreises ersucht diejenigen Arbeitgeber landwirthschaftlicher und industrieller Betriebe, denen beiderseits die Genehmigung zur vorübergehenden Beschäftigung russisch-polnischer und galizischer Arbeiter und Arbeiterinnen ertheilt worden ist, diese Arbeiter und Arbeiterinnen spätestens am 15. November dieses Jahres zu entlassen und dafür zu sorgen, daß sie spätestens an diesem Tage in ihre Heimath zurückkehren, widrigenfalls deren sofortige Ausweisung auf Kosten der sämmtigen Arbeitgeber erfolgen wird.

So wird im Frühjahr agrarische Politik getrieben, indem man, um möglichst niedrige Löhne zu erzielen, den russisch-polnischen und galizischen Arbeitern die Grenzen öffnet, im Spätherbst, wenn die landwirthschaftlichen Arbeiten beendet sind, wird sogenannte nationale Politik getrieben, indem man die abgearbeiteten Leute über die Grenze schiebt.

Sächsische Eisenbahnzustände. Wir berichteten über das Vorkommniß, daß das Zugpersonal eines Personenzuges in Dresden-Bilbom von einem ihm zugeordneten Dienst verlangte, weil dieser Dienst übermäßig lang sei. Wir theilten auch bereits mit, daß die Eisenbahnbehörde, bei der außerordentlichen Lage dieses Falles und offenbar um nicht noch mehr böses Blut in den Kreisen der Eisenbahn-Unterbeamten zu erregen, eine entgegenkommende Haltung gegenüber jener Beschwerde einnahm. Jetzt gibt nun einer der Beteiligten folgende Darstellung des Vorfalles im „Dresdener Anzeiger“:

„Wichtig ist, daß wir am 6. Oktober laut Dienstturnus die Züge 2352 nach Chemnitz und zurück, 2359 nach Dresden-Friedrichstadt zu begleiten hatten. Abfahrt morgens 2 Uhr 40 Minuten, Ankunft abends in Dresden-Friedrichstadt 10 Uhr 55 Minuten. Nun muß jede Sektion eine Stunde vor Abgang des Zuges da sein, außerdem hatten wir diesen Tag bei Zug 2359 eine Stunde Verspätung, kamen also erst nach 12 Uhr nach Dresden-Friedrichstadt, waren also über 22 Stunden im Dienste. Nun ist in der Presse gesagt worden, daß wir am folgenden Tage, also am 7. Oktober, uns geweigert hätten, Dienst zu thun. Dies ist nicht an dem. Wir haben unsere Züge 2396 bis 2399, Abfahrt nachmittags 12 Uhr 46 Minuten, Ankunft nachmittags 8 Uhr 15 Minuten, welche wir laut Dienstturnus zu fahren hatten, gefahren, waren also nach vorhergehendem 22 stündigem Dienste wieder fast 10 Stunden im Dienste. Der Zugführer bekam aber den Befehl, noch am selbigen Abend nach Bodenbach zur Abholung eines Extrazuges zu fahren. Der Zugführer mit seinen Leuten war aber nicht mehr im Stande, nach dem vorhergehenden langen Dienste (es kommen auf den 6. und 7. Oktober, gleichmäßig vertheilt, auf jeden Tag 16 Stunden Dienst) noch weiteren Dienst zu verrichten. Hätte die Sektion, wenn sie nicht so sehr ermattet gewesen wäre, diesen Extrazug abholen können, so hätte sie am 7. Oktober wieder zuwanzig Stunden Dienst thun müssen, da der betreffende Güterzug erst vormittags nach 6 Uhr in Dresden-Friedrichstadt eintraffen hat, und wäre dann also am 6. und 7. Oktober über 40 Stunden im Dienste gewesen. Der Zugführer mit seinen Leuten war aber nach sieben-tägigem anstrengenden Dienst vollständig dienstunfähig und mußten wir dies auch noch am 7. Oktober nach Beendigung des Dienstes bei Herrn Assistent Wöhme unterschreiben, daß wir infolge zu großer Ermattung zu weiterem Dienst nicht mehr fähig wären. Die Folge davon aber war bis jetzt, daß die ganze Sektion, der Zugführer, der Schaffner und fünf Beamte, vom Fahrdienst entbunden und zu Stationsarbeiten abkommandirt wurden. Wir hoffen aber, da die Sache sich jetzt noch zu Händen der Generaldirektion befindet, auf eine gerechte Beurtheilung. Denn diese willkürliche Ausbeutung, welche nicht erst seit heute und gestern besteht, sondern schon seit sehr langer Zeit, hat eine Enttöhrung unter dem gesammten Güter- und Personenzug-Personale hervorgerufen, wie noch nie zuvor. Es ist vorgekommen, daß manchen Sektionen viermal hinter einander der freie Tag entzogen worden ist. Beschwert sich nun einmal eine Sektion, so ist das erste Wort, die Leute langen nicht zu, Sie müssen fahren.“ Ist denn

wirklich solcher Mangel an Leuten? Wenn das Fahrpersonal nicht langat, nun, dann müssen eben mehr Fahrpersonale gebildet werden.“

Solche Zustände sind in einem staatlichen Betriebe geradezu ungeheuerlich. Darf man sich da noch wundern, wenn Eisenbahnunfälle so häufig vorkommen? Die sozialdemokratischen Vertreter im Landtage werden sicherlich, wie schon in früheren Sessionen, diese Dinge zur Sprache bringen. Petitionen der Eisenbahngestellten an den Landtag, in denen Aufhebung der Gehälter und Verlängerung der Dienstzeit gefordert wird, sind, wenn wir nicht irren, auch in diesem Jahre der 2. Kammer zugegangen.

Die württembergische Kammer nimmt am 28. d. M. ihre Sitzungen wieder auf.

Neue Gesetzentwürfe für Baden. Dem badischen Landtage soll u. a. zunächst ein Gesetzentwurf zur Regelung des der Befreiung der Einzelstaaten von bürgerlichen Gesetzbüchern vorbehaltenen Auerbenrechts in bäuerliche Güter, ein Gesetzentwurf über umfassendere Eintragung des liegenschaftlichen Eigenthums und über die Erleichterung der Vereinerung der Pfandbücher vorgelegt werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Majestätsbeleidigung wurde am Sonnabend vor der Galtzower Strafkammer verhandelt. Der Schulsohn Johann H. aus Stripperow hatte im Juni und Juli vier Briefe an den Herzog-Kingentum geschrieben, worin Beleidigungen enthalten waren. Da bei der ganzen Sachlage dem Gericht Zweifel obwalteten, ob der Angeklagte wohl völlig geistig gesund sei, so war Herr Sanitätsrath Dr. Reuter zur Hauptverhandlung geladen, welcher beantragte, den Angeklagten in einer Irrenheilanstalt beobachten zu lassen. Das Gericht beschloß unter Aushebung der Verhandlung, den Angeklagten über seinen geistigen Zustand in einer Heilanstalt beobachten zu lassen.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber die Orientpolitik äußert sich in sehr bemerkenswerther Weise das „Freundenblatt“, das Organ des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Auswärtigen. Es schreibt: „Die Zeit, wo Rußland und Oesterreich-Ungarn rivalisiren, ist vorüber, Oesterreich-Ungarn strebt keine Vorzugsstellungen in Belgrad an und begnügt sich gerne mit guten Beziehungen. Das „Freundenblatt“ ist überzeugt, daß russische Kabinete heute auf dem gleichen Standpunkte, beide Kabinete wollten den Frieden auf der Balkan-Halbinsel; somit wird ein friedliche Politik treibendes Serbien die Freundschaft beider befehlen.“

Wann viel Bedeutung wollen wir dieser Erklärung nicht belegen, sie weicht aber sehr von den scharfen Darlegungen österreichisch-ungarischer Minister des Auswärtigen über die Interessen des Landes im Orient aus früheren Jahren ab.

Hoffentlich irren wir uns nicht, wenn wir in dieser Erklärung ein besonderes friedliches Zeichen sehen.

Budapest, 3. November. Abgeordnetenhause. Der Abgeordnete Geza Polonyi interpellirt den Ministerpräsidenten, ob in Oesterreich ein dem ungarischen Zuckerpriämien-Gesetz ähnliches Gesetz in Kraft getreten sei, und ob die ungarische Regierung die in Oesterreich im Verordnungswege getroffene Verfügung für verfassungsmäßig halte.

Diese Anfrage ist von der größten Bedeutung für die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse. Will Baron Waffny, entsprechend seinen Abmachungen mit dem Grafen Sadeu, diese als Nothverordnung erlassene Fixirung der Zuckerpriämien als gesetzlich anerkennen, dann muß er auch ein provisorisches und definitives Ausgleichsgesetz, das auf dem gleichen Wege erlassen würde, als bindende Abmachung anerkennen, wenn diese im Verordnungswege erlassenen Bestimmungen mit den in Ungarn beschlossenen Gesetzen gleichlautend sind.

Bekanntlich haben die Sozialdemokraten und nachher auch die Liberalen des österreichischen Abgeordnetenhauses beantragt, den Grafen Sadeu wegen dieser Nothverordnung in Anklagezustand zu versetzen.

Eine Interpellation wegen einer ausländischen Ordensverleihung. Der Abgeordnete Serbau interpellirte im ungarischen Abgeordnetenhause wegen der Verleihung eines Ordens an den Ministerialrath Dr. Jozseffy durch den König von Rumänien. Ministerpräsident Baron Waffny erklärte, er werde die Interpellation, die seines Erachtens garnicht vor das Haus gehöre, morgen beantworten.

Schweiz.

Kern, 1. November. (Sig. Ver.) Die hiesigen Genossen haben eine Petition an die Gemeindebehörden angestellt um Wieder-aufhebung der 1893 aus Anlaß des Schneidartreits erlassenen Streikverordnung und dafür in kurzer Zeit 4000 Unterschriften, Frauen und Ausländer inbegriffen, aufgebracht. Die Petition protestirt energisch gegen die den demokratischen Einrichtungen und der Rechtsanschauung des arbeitenden Volkes hohnsprechende Streikverordnung, mit der die Polizeidirektion einseitig Partei für das Unternehmertum nehmen kann und thatsächlich nimmt. Mit der Verordnung, welche nicht nur launisch, sondern auch wirklich unheimlich und lächerlich ist, sind für die Unternehmern Vorrechte geschaffen worden, welche die Interessen der Arbeiter schwer beeinträchtigen. Die Verordnung ist ein Ausnahmengesetz, dessen es zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht bedarf. Sollten die Behörden der Petition keine Folge geben, so wird dagegen der verfassungsmäßige Returs ergriffen werden. Durch Stimmenscheid des Präsidenten hat der Berner Große Stadtrath die Motion Waffny's und Genossen betreffend planmäßige Erwerbung von Grund und Boden durch die Gemeinde als erheblich erklärt.

Frankreich.

Paris, 1. November. (Sig. Ver.) Der Generalbericht der Budgetkommission über den Vorschlag des Budgets für 1898 weist an Einnahmen 3409 Millionen und 17 073 Franks, an Ausgaben 3408 Millionen und 954 580 Franks auf, macht einen Ueberschuß von bloß 62 543 Franks. Im Vergleich mit dem Budget des laufenden Jahres sind die Ausgaben um weitere 20 1/2 Millionen gestiegen. Das ist hauptsächlich die Folge der wiederum gestiegenen Ollupationskosten für Madagaskar (diese betragen 1896 24 Millionen, 1897 27 Millionen) und der neuen Hottenbauten. Die Entnahmen sind um rund 26 Millionen zurückgegangen durch Herabsetzung der staatlichen Grundsteuer um 1/4. Diese Mindereinnahme soll ersetzt werden durch Erhöhung der Steuer auf ausländische Werthpapiere. Für die Tilgung der Staatsschuld ist der Betrag von ca. 98 Mill. vorgesehen, davon 80 Mill. für Bezahlung der im folgenden Jahre fälligen Scheine der „Schwebenden“ Schuld. In Wirklichkeit schrumpft aber die Schuldentilgung auf 72 1/2 Mill. zusammen, indem die Aufnahme neuer Schulden im Betrage von 85 1/2 Millionen für Bezahlung von nicht im Budget figurirenden Ausgaben vorgesehen ist.

Die wichtige Veränderung im Kriegsbudget betrifft die Verneuerung des Effectivbestandes der Krone um 12 500 Mann zwecks Schaffung der vierten Bataillone. Die Budgetkommission hat aber die entsprechenden Mehrausgaben bewilligt, nachdem erst der Kriegsminister sich verpflichtet hatte, die Urlaubsbewilligung am Ende des zweiten Dienstjahres auf alle Soldaten auszudehnen, die als genügend ausgebildet erkannt würden. Dadurch soll eine der Mehrausgabe entsprechende Ersparniß erzielt werden.

Die Sensation der Woche ist die ewige Dreyfus-Affäre. Von größerem Interesse an dem ohrenbelebenden Zeitungsfläm sind die freilich sehr vereinzelten Stimmen, welche einen Zweifel an der Unschuld des geheimen Militärgerichts, das Dreyfus verurtheilt hatte, ausdrücken. Sonst erwidern die chauvinistischen und antisemitischen Leidenchaften jede nächtere Erwägung. Der Vizepräsident des Senats, Scheurer-Kesner wird wegen seiner Absicht, Dreyfus' Unschuld zu beweisen, ohne weiteres des „Germaniens“ verdächtigt, trotzdem er, Erschaffer von Geburt, als eifässischer Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung gegen die

Abtretung von Elsas-Lothringen protestiert hatte. Andererseits haben freilich die früheren Rettungsversuche zu Gunsten des Dreyfus, ausgegangen von seiner Familie und seinen Pflichten, zuletzt vom anarcho-sozialistischen Schriftsteller Bernard Lazare, das Publikum sehr mißtrauisch gemacht. Scheurer-Kelner wird nächstens seine Unschuldsbeweise vor die Öffentlichkeit bringen, sei es im Senat, sei es in der Presse. —

Paris, 3. November. Infolge der angeblich zahlreichen Verhaftungen von Elsas-Lothringern durch deutsche Behörden hat der Präfeld von Nancy die französische Regierung gebeten, den Interessierten jede Auskunft zu erteilen, damit diejenigen Elsas-Lothringer, welche die französische Nationalität erlangt haben, ein für allemal wissen, ob sie Franzosen oder Deutsche sind. Wir glauben, daß 26 Jahre nach dem Kriege jeder Elsas-Lothringer sich über diese Frage klar geworden sein könnte. —

Spanien.

— Zur Lage auf Kuba wird der „Frankf. Zeitung“ aus New-York telegraphiert: Zahlreiche hervorragende Kubaner, darunter viele bisherige Autonomisten, erließen ein Manifest, worin sie erklären, die Kubaner können nicht die Autonomie, sondern nur die volle Unabhängigkeit annehmen. —

Afien.

— Vom indischen Reichsauptstadt wird gemeldet: Die Streitmacht des Generals Kichart erhielt am Montag, als sie nach Bagh im Thale von Natan kam, vom Feinde Feuer. Der Feind wurde zurückgeworfen. Auf Seite der Engländer wurde ein Offizier leicht verwundet, ein Sepoy getötet, drei andere verwundet. Die zweite Brigade hatte ein Gefecht mit Afridis, wobei ein englischer Offizier schwer verwundet wurde. Auch eine vom Arhangar-Paß kommende Transportkolonne wurde angegriffen, und es entwickelte sich ein ernstes Gefecht; die Verluste der Engländer hierbei betragen 4 Tote und 10 Verwundete. —

Afrika.

— Aus Kairo wird gemeldet: Die ägyptischen Truppen werden noch vor Ende November Kassala besetzen. Für die von den Italienern eroberten Befestigungen von Kassala sowie für die dort befindliche Munition wird Ägypten an Italien eine Entschädigung zahlen. —

Amerika.

— Die Bürgermeisterwahl für die Stadt New-York hat gestern mit dem Siege der unter dem Namen Tammany Hall bekannten Korruptionbande, die sich selbst als „demokratisch“ bezeichnet, geadet. —

Nach den endgültigen Feststellungen wurden bei der gestrigen Bürgermeisterwahl für Richter von Wyd 235 181 Stimmen, für Low 149 878, für Tracy 101 823 und für Henry George jun. 20 727 Stimmen abgegeben. Den Posten des Oberrichters am Appellhofe im Staate New-York gewannen die Demokraten mit einer Mehrheit von etwa 40 000 Stimmen. —

— Auch sonst haben Wahlen in den Vereinigten Staaten stattgefunden. Aus New-York wird den „Times“ gemeldet, dort verlaute, daß bei den Legislativwahlen in Ohio die Demokraten gesiegt hätten; hierdurch wäre das Bestreben Hanna's, des Managers (Wahlmachers) Mc Kinley's, wieder in den Senat der Vereinigten Staaten gewählt zu werden, vereitelt. Dagegen wurde der Kandidat der Republikaner mit geringer Mehrheit zum Gouverneur gewählt. —

In Massachusetts siegten die Republikaner mit großer Mehrheit, drei Viertel der dortigen Legislatur sind nunmehr republikanisch. —

In Frankreich (Kentucky) entspann sich ein Kampf infolge der Nachricht, daß die Demokraten die Peger mit Gewalt außerhalb der Stadt zurückzudrängen, um sie an der Abgabe der Stimmen zu verhindern; hierbei wurden zwei Demokraten und zwei Republikaner getötet und zwei verwundet. —

Der Staat und die Stadt New-York haben demokratisch gewählt und zwar haben die Demokraten starke Mehrheiten erhalten. Die Demokraten sind in Kentucky, Maryland und New-Jersey nicht härter als im vorigen Jahre, in dessen gewannen sie, weil viele Republikaner nicht stimmten. Nebraska zeigt starke demokratische Verluste. —

Landeskonferenz der elsas-lothringischen Sozialdemokratie.

Strasbourg im Elsas, 2. November. Vorgestern und gestern tagte hier die Landeskonferenz der elsas-lothringischen Sozialdemokratie, über deren geschwindige Unterbrechung durch die Organe der Polizeigewalt der „Vorwärts“ bereits berichtet hat. Den Vorsitz führte Emiel Saargemünd. Etwa 85 Delegierte aus allen Theilen der Reichslande waren zugegen, unter anderen Reichstags-Abgeordneter Bueß, Mülhausen, während als Vertreter der Redaktion der Mannheimer „Volkstimme“, die in einer besonderen Ausgabe den Genossen Elsas-Lothringens als Partei-Organ dient, Redakteur Jäckh anwesend war. —

Die Konferenz hatte insofern eine äußerst wichtige Aufgabe, als eine Reihe Gegenstände zur Verhandlung standen, die für die fernere Entwicklung der Parteibewegung in den Westmarken des Reichs grundlegende Bedeutung haben. Vor allem galt es, der Partei dort eine neue Organisation zu geben, nachdem die Form der bisherigen sich als unzureichend und unpraktisch erwiesen hatte; dann mußten die allgemeinen Vorbereitungen zur nächsten Reichstagswahl getroffen werden; und endlich sollte das Urtheil der Genossen des Landes über die Neuordnung der Presseverhältnisse eingeholt werden, die seit 1. Oktober in Uebereinstimmung mit dem Vorstand der deutschen Gesamtpartei in die Wege geleitet worden war. —

In der Frage der Organisation wurde die Aufhebung des bisherigen dezentralistischen Systems der Bezirkskomitees beschlossen und mit großer Mehrheit die Bildung eines einheitlichen, aus fünf Personen bestehenden Landesvorstandes beschlossen, der seinen Sitz in Strasbourg hat und durch zwei Kontrolleure, je einer aus Mülhausen und Marxkirch, zu ergänzen ist. Den Bezirken bleibt es anheimgestellt, besondere Komitees zu bilden; für den Landesvorstand kommen jedoch bei seiner offiziellen Tätigkeit nur die Vertrauensleute der einzelnen Orte in Betracht, die ihn als orientierende und ausführende Organe dienen. Wir glauben in dieser Weise in Anlehnung an die Organisationspraktik der Partei in den übrigen süddeutschen Staaten eine Form der Zusammenfassung der Kräfte unserer Bewegung gefunden zu haben, die sich in den bevorstehenden Reichstagswahlkämpfen, so hoffen wir, gut bewähren wird. —

Die Debatten über die Vorbereitungen zu den künftigen Reichstagswahlen gaben ein interessantes Bild von dem Stand unserer Bewegung in den einzelnen Landesteilen, das insofern abweicht von demjenigen der übrigen Reichsteile, als wir hier noch mit den partikularistischen-protektionistischen Strömungen in breiten Schichten der Bevölkerung zu rechnen haben, durch welche bisher eine klare Scheidung der einzelnen Parteien verhindert wurde. Jedoch sind gerade im Verlaufe der letzten Jahre, seit die Sozialdemokratie in der Arena der politischen Parteikämpfe erschienen ist, eine Reihe von deutlichen Anzeichen dafür zu Tage getreten, daß sich auch in Elsas-Lothringen die Struppierung der Parteien mehr und mehr nach dem Vorbild Mitteldeutschlands vollzieht. Insbesondere ist unter dem Druck der wachsenden Bedeutung der Arbeiterbewegung das Hervortreten der wirtschaftlich en Fragen in den politischen Kämpfen immer deutlicher wahrnehmbar geworden. —

Die Konferenz einigte sich nach gründlicher Aussprache über die Taktik bei den nächsten Wahlen auf eine Resolution, worin die Bildung eines Central-Wahlkomitees für das ganze Land vorgeschlagen ist, in Verbindung mit welchem die noch nicht besetzten Wahlkreise ihre Kandidaten zu bestimmen und ihre finanziellen und agitatorischen Verhältnisse zu regeln haben. Die Aufstellung von

Doppellandidaturen wurde grundsätzlich untersagt und als Zusatz zur Hamburger Resolution über das Verhalten der Partei bei den Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien ein Minimalprogramm mit spezifisch elsas-lothringischen Forderungen (Aufhebung der Diktatur, Aufhebung der Ausnahmegeetze betreffs der Presse, freies, gleiches und direktes Wahlrecht zum Landesauschuss, Gleichstellung Elsas-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten, Einführung der Reichs-Gewerbe-Ordnung etc.) aufgestellt, auf welches sich der Kandidat einer gemäßigten Partei verpflichten muß, falls er im zweiten Wahlgang unsere Unterstützung finden will. Immerhin aber muß die Entscheidung darüber, ob wir uns an der Stichwahl beteiligen, von den einzelnen Kreisen in Verbindung mit dem Central-Wahlkomitee getroffen werden. —

Erfreulicherweise kam man einstimmig zu dem Beschlusse, in sämtlichen 15 Wahlkreisen des Landes mit selbständigen Kandidaten in die Wahl einzutreten. Eines für die Hälfte der Kreise wurden bereits auf der Konferenz die Kandidaten nominiert, sämtlich tüchtige und bewährte Genossen, während für die übrigen Kreise in nächster Zeit durch gemeinsamen Beschluß der Genossen am Ort und des Central-Wahlkomitees gesorgt werden soll. Wir hoffen, auf diese Weise allen Stegallereien ein für alle mal vorgebeugt zu haben. Hinsichtlich der Wahlagitaktion soll einige Wochen vor der Wahl im ganzen Land ein in beiden Sprachen abgefaßtes Flugblatt verbreitet werden, welches den politisch rückständigen Massen das Verständnis des Sozialismus in volkstümlicher Weise vermittelt und dafür sorgt, daß in der Agitation durch falsch angebrachte Konzeptionen an den proletarischen Chauvinismus keine Fehler gemacht werden. — Endlich erobte die Konferenz bei dieser Gelegenheit einen Antrag zum Beschluß, daß nach jenem Zwecke der Bildung eines Landespartei-Archivs alle in den einzelnen Kreisen erscheinenden Flugblätter, Aufrufe etc. an das Central-Wahlkomitee einzusenden sind. —

Die Verhandlungen über die Neuordnung der Presseverhältnisse förderten eine Masse von Ausstellungen und Wünschen der einzelnen Orte zu Tage. Immerhin darf gesagt werden, daß sich eine Uebereinstimmung darin zeigte, daß die seit 1. Oktober vorhandene, im Einverständnis und mit Unterstützung des Parteivorstandes in Berlin geschaffene elsas-lothringische Ausgabe der Mannheimer „Volkstimme“ den Wünschen der Genossen des Landes durchaus entspricht und daß nach den Berichten aus den einzelnen Landesteilen eine fröhliche Erhebung des Abonnentenstandes bald zu erwarten ist. Die elsas-lothringischen Genossen haben durch Aufbringung der Redaktionskosten aus eigenen Mitteln, sowie durch Uebernahme der aus Preisprozenten sich ergebenden Gerichts- und Geldstrafen den ersten Schritt zur finanziellen Selbstständigkeit ihres Parteiorgans gemacht, und es ist anzusehen, daß der zwar langsam, aber doch sicher fortschreitenden Konsolidierung unserer reichslandischen Parteiverhältnisse zu erwarten, daß die nächsten Jahre einen weiteren Fortschritt auf diesem Wege bringen werden. — Die Konferenz vollzieht einstimmig eine Resolution, nach welcher sie ihre Zustimmung zu dem zwischen dem Parteivorstand, den elsas-lothringischen Genossen und der Mannheimer Aktiendruckerei (Verlag der „Volkstimme“) getroffenen Uebereinkommen ausspricht und zu reger Agitation für die Verbreitung unseres Parteiorgans auffordert. Der Abonnementspreis von 60 Pf. pro Monat für die wöchentlich dreimal erscheinende elsas-lothringische Ausgabe der „Volkstimme“ wurde mit der Wollierung aufgehoben, daß 10 Pf. von jedem Abonnement als Beitrag zu den Redaktionskosten zu betrachten sind. Diejenigen Parteiorter, wo der Abonnentenstand die Zahl 50 nicht erreicht, wurden verpflichtet, an Stelle des jetzigen Bezugs des Blattes mittels Postes das Postabonnement zu treten zu lassen. Dadurch werden, wenn ein Besteller aus seinen Namen alle Exemplare bezieht, dieselben jeweils von der Post abholt und an die Abonnenten verteilt, die Bezugskosten erheblich verringert. Es ist nicht zu bezweifeln, daß aufgrund der im Vorstehenden enthaltenen Anordnungen der Abonnentenstand sich in befriedigender Weise heben und auch die Qualität des in unserem Organ Gebotenen auf die für unsere Bewegung nöthige Höhe gebracht werden wird. Einigen Verlässen an Zeitungspreisen soll durch Bildung von Preiskommissionen vorgegeben werden, an welche durch die Postporture die Beträge abzuliefern sind und die auch die Kontrolle über die Aussträger zu üben und ihre Abrechnung zu prüfen haben. Die Parteikassen der einzelnen Orte sind für etwaige Rückstände und Verluste haftbar zu machen. Endlich wurde ein Antrag angenommen, wonach die Mannheimer Aktiendruckerei zu strenger Einhaltung der den elsas-lothringischen Genossen gegenüber vertragmäßig eingegangenen Verpflichtungen aufgefordert wird. —

Hinsichtlich des Eindringens der Polizei in die Verhandlungstokale beschloß die Konferenz, den anwesenden Genossen Bueß sowie den Vertreter Strasburgs im Reichstage, Genossen Bebel, zu verpflichten, diese Angelegenheit im Reichsparlament in geeigneter Form zur Sprache zu bringen, damit dem Polizei- und Diktatorregiment im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ klar gemacht wird, daß auch bei uns, trotz aller Entschuldung und Bevormundung, die Gesehe wenigstens noch einigermassen respektiert werden müssen. Selbstverständlich wird durch eine Beschwerde an die vorgesetzte Behörde der hiesigen Polizeidirektion, das Bezirkspräsidium, der Versuch gemacht werden, an maßgebender Stelle unsere Rechte zur Anerkennung zu bringen und eine diesbezügliche Anweisung an die Polizeibehörden des Landes zu veranlassen. Den einzelnen, von auswärts zu der Konferenz delegierten Genossen wurde anheimgestellt, den Erfolg der ihnen durch den verlängerten Aufenthalt infolge des Polizei-Eingriffes entstandenen Mehrkosten auf dem Wege eines privatrechtlichen Klagenanspruchs zu fordern. —

Nachmittags 6 Uhr wurden dann die zweitägigen Verhandlungen mit einem Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen. —

Es kann unbedenklich behauptet werden, daß die gestrige Konferenz die bedeutendste, arbeits- und gehaltreichste war, die unsere reichslandischen Genossen bisher abgehalten haben. Der Ton der Verhandlungen und das Niveau, auf welchem sich die Diskussion bewegte, waren unserer Sache durchaus würdig und verdienen alles fleischliche und persönliche Geiz, das bei früheren Tagungen oft nur zu sehr in den Vordergrund getreten war. Das Bewußtsein der großen Aufgaben, die wir in den beiden Grenzländern noch zu lösen haben, wie die Voransicht der kommenden, zweifellos folgenschweren Reichstags-Wahlkämpfe bestimmte alle Teilnehmer der Konferenz, das Interesse der Partei und ihrer Bestrebungen über alles Andere zu stellen. Die Genossen Elsas-Lothringens haben mit den gestrigen und vorgestrichen Verhandlungen einen erfreulichen Beweis ihres Solidaritätsgefühls, ihres Klassenbewußtseins und ihrer Parteibisziplin gegeben. —

Partei-Nachrichten.

Zur Beilegung der Zwiffligkeiten in Solingen wurde, wie die „Vergische Arbeiterstimme“ mittheilt, am Sonntag eine Zusammenkunft der Parteigenossen des Kreises Solingen abgehalten. Das Resultat der Besprechung, an der Genossen beider Richtungen, ein Vertreter des Parteivorstandes und ein solcher des Nieder-rheinischen Agitationskomitees in Elberfeld theilnahmen, war, daß man sich dahin einigte, eine Kommission einzusetzen, die im Einverständnis mit dem Parteivorstand die Vorfälle der neuen Kandidatur regeln und für die Ausführung des Hamburger Beschlusses eine Form suchen soll, wodurch sowohl dem Parteivorstand wie auch den beiden Richtungen der Solinger Genossen der gleiche Einfluß auf die Leitung des Geschäfts, und auf die Haltung des Blattes eingeräumt wird. Die Kommission soll schon in den nächsten Tagen ihre Thätigkeit beginnen. —

Die „Solinger Freie Presse“, das Organ der Schumacher'schen Richtung, hat ihr Erscheinen eingestellt. In der letzten, am Sonnabend erschienenen Nummer erklärten Redaktion und Verlag: „Aut einstimmigen Beschlusses des Hamburger Parteitages sollen die „Solinger Freie Presse“ und die „Vergische Arbeiterstimme“ unter letzterem Namen verschmolzen werden und in den Besitz der Gesamtpartei übergeben. Um dieses zu ermöglichen, wird mit der heutigen Nummer die „Solinger Freie Presse“ aufhören zu erscheinen. —

Wir richten daher an unsere Leser und Freunde die Bitte, ohne jede Voreingenommenheit auf die „Vergische Arbeiterstimme“ zu abonnieren. Durch programmmäßige Haltung und ihre Stellungnahme zu den Solinger Gewerkschaften wird die „Vergische Arbeiterstimme“ in der Lage sein, alle diejenigen Beurtheile binnezuguräumen, welche der gänzlichen Vereinigung noch im Wege stehen. —

Als Reichstags-Kandidat für den oberbayrischen Wahlkreis Rosenheim-Miesbach-Tölz wurde in einer von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung in Rosenheim einstimmig der Parteigenosse v. Sollmar aufgestellt. —

Im Reichstags-Wahlkreise Koburg kandidirt der Parteigenosse Karl Krüger aus Halle a. S. im Wahlkreise Schwarzbürg-Rudolstadt der Parteigenosse H. Hofmann aus Saalfeld. —

Aus Rothbun wird uns geschrieben: Dienstag Abend hielt Genosse Bebel hier in einer Volksversammlung einen Vortrag über das Thema: Kirche, Proletariat und Kulturfortschritt. Der Zudrang zur Versammlung war so groß, daß das Lokal kurz nach 8 Uhr polizeilich gesperrt werden mußte. Ueber 3000 Personen füllten Saal und Gallerien, darunter eine große Anzahl Frauen und sehr viele Gegner. Das Thema war vom Referenten gewählt worden, weil im Frühjahr dieses Jahres eine Volksversammlung, in der Bebel sprach, durch das provokatorische Auftreten eines Dr. theol. Brämisch der Ausführung verfiel. Genosse Nriick, der Kandidat unseres Wahlkreises, präsidirte. Nach dem Vortrage wagte keiner der Gegner, obgleich sie mehrmals dazu aufgefordert wurden, das Wort zu ergreifen, und so konnte der Vorsitzende, nachdem er unter Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen zum Anschluß an die Organisation und zu lebhafter Agitation aufgefordert hatte, 10 1/2 Uhr die glänzend verlaufene Versammlung schließen. —

In Magdeburg war an Stelle des Parteigenossen Rieck, der ein Mandat als Stadtverordneter nicht wieder annimmt, und dessen Amtsdauer jetzt abläuft, der Dreher Hugo Gärner als Kandidat für die am 22. und 23. November vor sich gehende Ersta-Wahl im Stadtheil Budau aufgestellt. —

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau hat die Auf-forderung empfangen, bis zum 12. November die Gefängnißstrafe anzutreten, die ihm wegen Majestätsbeleidigung auferlegt ist. —

— Gegen die Redakteure Zielonki und Jaech in Mannheim war wegen eines Artikels der „Volkstimme“, der die Bezirkswahlen in Elsas-Lothringen behandelte, die Strafverfolgung eingeleitet. Durch den Artikel fühlte sich u. a. der Staatssekretär v. Puitkner beleidigt. Dieser Tage erhielten beide Redakteure von dem Ersten Staatsanwalt in Mannheim i. G. gleichlautende Schreiben folgenden Inhalts: „Das gegen Sie wegen Beleidigung des Ministeriums für Elsas-Lothringen eingeleitete Ermittlungsverfahren ist wegen Nichtermittelung des Verfassers des in Nr. 177 der „Volkstimme“ enthaltenen Artikels eingestellt worden.“ Die „Volkstimme“ bemerkt zu dieser Mittheilung u. a.: Daß ein Prozeß der elsas-lothringischen Regierung keine Vorbeeren eingetragen hätte, dessen dürfte der Herr Staatsanwalt sicher sein und das mag er sich auch wohl überlegt haben. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Metallarbeiter! Die vielfachen Kämpfe der Metallarbeiter erheben große Mittel zur Unterstützung der Ausständigen. Vom Agitations- und Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter sind bisher abgegeben an die englischen Maschinenbauer 7044 M., an die streikenden Metallarbeiter von Strower-Stettin 1500 M. und an die streikenden Luster- (Kronen-) Arbeiter in Wien 500 M. Aufgabe der Berliner Kollegen muß es sein, auch weiterhin die nöthigen Mittel aufzubringen. Sämmtliche Bezirks- und Branchen-Vertrauensleute geben Sammellisten und Marken aus. —

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Maetzer, N., Anklamerstr. 44.

Die Errichtung von Arbeiterauschüssen in den hiesigen Gasanstalten war f. Z. von dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichts gefordert und von der Stadtverordneten-Versammlung aufgegeben worden. Der Verband der Gasanstalts-Arbeiter hatte nun durch seinen Vorstand die Deputation der Städtischen Gaswerke um baldige Einberufung von Sitzungen der Arbeiterauschüsse ersuchen lassen. Daraus lief von Herrn Ramskau folgende Antwort ein: Auf Ihre Zuschrift vom 8. d. Mts. erwidern wir Ihnen ergebenst, daß die Verhältnisse der Arbeiterauschüsse auf unseren fünf Anstalten durch Satzungen geregelt sind, und daß wir es ablehnen müssen, uns auf Anregungen einzulassen, welche in der beregten Angelegenheit von unbetheiligter Seite uns unterbreitet werden. —

Wenn dem Herrn Ramskau die Anregungen von unbetheiligter Seite unangenehm sind, so sollte er die Ausschüsse, welche im Leben gerufen wurden, um den Arbeitern Gelegenheit zu bieten, ihre Wünsche in ruhiger Weise vorzutragen, um fernem allen ernststen Differenzen aus dem Wege zu gehen, doch etwas häufiger einberufen lassen, als es geschieht. Dem Organ der Gasanstaltsarbeiter zufolge hat seit dem März d. J. keine Sitzung des Ausschusses mehr stattgefunden. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß die Betheiligten selbst nur zu häufig vorziehen zu schweigen aus Furcht vor Maßregelung; auch das sollte Herr Ramskau bedenken. —

Zum Streik der Möbelpolirer bei der Firma Wenzel Rachtig, Vesseltstraße 14, ist mitzutheilen, daß bisher eine Aenderung nicht eingetreten ist. Die Behörde scheint indessen dem Ruffstand Interesse entgegen zu bringen. Bei dem Gastwirth Sapp, Marxgrabenstr. 102, erschien gestern ein Schutzmann, der sich eingehend danach erkundigte, ob daselbst eine Werkhüttenstrafung stattfinden soll, die er im voraus, weil nicht angemeldet, untersagen müsse. Es wird ersucht, das Geschäft von Wenzel Rachtig, bis auf weiteres zu meiden. —

Der Streik der Schuhmacher bei Simon u. Comp. ist, wie in der Schuhmacherverammlung am Mittwoch mitgetheilt wurde, beigelegt. —

Localorganisirte Handelskassensarbeiter Berlins! Der Niefenkamp der englischen Maschinenbauer zwingt auch uns, für Auf-bringung von Geldern Sorge zu tragen. Sammellisten sind im Bureau, Kommandantenstr. 25, I, sowie beim Unterzeichneten zu haben. Desgleichen ist es Pflicht jedes organisirten Kollegen, sich am Vertrieb der Sammelbons rege zu betheiligen. Der Vertrauensmann: Hermann Kamp, O., Kl. Kurstr. 8/7. —

Die Stralauer Glashüttenwerke haben ihren Arbeitern eine 10-15prozentige Lohnreduktion angeordnet. Dies diene den Glasarbeitern des In- und Auslandes zur Nachricht und bitten wir daher, die Stralauer Glashüttenwerke zeitlich auswärtiger Kollegen zu meiden. Der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Die Zwicker der Schuhfabrik Prokowitz, Seyl u. Comp. in Lucka (Sachsen-Altenburg) haben die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen sind dadurch entstanden, daß einige ältere Arbeiter, die eine Stellung in der Gewerkschaft einnahmen, ohne Grund entlassen wurden. —

In Köln sind die Arbeiter der Rheinischen Zigarrenfabrik in den Ausstand getreten. —

Der Streik der Zigarrenarbeiter in Schaumburg hat sich noch auf zwei andere Fabriken ausgebreitet. Die Annahme der Fabrikanten, daß die anständigen Zigarrenarbeiter dem Streik fernbleiben würden, hat sich nicht bewahrheitet. Die Zahl derjenigen, die weiterarbeiten, ist nur noch eine sehr geringe. —

Ausland.

Die Diamantarbeiter hatten auf ihrem letzten internationalen Kongreß in Antwerpen u. a. den Beschluß gefaßt, bis zum nächsten Kongreß keinen Beihilge mehr zuzulassen und am 1. d. M. alle noch nicht 14 Jahre alten Beihilge, wofür sie nicht ein Jahr

in der Diamantindustrie beschäftigt sind, zu entlassen. Da die Antwerpener Arbeiter mit wenigen Ausnahmen diese Kongressbeschlüsse ablehnen, so haben die Antwerpener Diamantfleischer beschlossen, wofür bis zum 17. d. M. die Lehrlinge nicht entlassen sind, in allen Diamantfleischerzweigen den Generalstreik am 17. d. M. in Szene zu setzen.

Die Pariser Schweinefleisch- und Metzgergesellen haben den Generalstreik erklärt. Ursache des Streiks ist die Entlassung von 6 Mitgliedern der Schweinefleisch-Gewerkschaft, die in Auftrage derselben durch Vermittelung des Gemeinderathes die Verkürzung der Arbeitszeit zu erlangen versucht hatten. Vorläufig stehen 3000 Mann von den Billeter-Schlächtereien im Streik. Der Anschluss der übrigen Schlächtereien ist wahrscheinlich. Der Gewerkschaftsverband der beiden Berufe fordert die Abschaffung der Nachtarbeit, die Regelung der Arbeits- und Verkaufszeit, sowie Abschaffung des Zwischen-Unternehmertums. Die Maßregelung ist von den Zwischen-Unternehmern beschlossen worden, die sich zugleich durch eine Konventionalstrafe von 300 Franks verpflichteten, keinen der Gemäßregelten je wieder anzustellen.

In Bilbao (Spanien) haben 1500 Bergleute die Arbeit eingestellt. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit.

Eine spätere Depesche meldet, daß der Streik beendet sei. Die Unternehmer haben den Forderungen der Ausständigen nachgegeben.

Die englischen Baumwollweber und die Unternehmer hielten am Montag in Manchester eine gemeinsame Konferenz ab. Die von den Fabrikanten beantragte Herabsetzung des Lohnes um 5 pCt. wurde seitens der Arbeiter abgelehnt; es wurde jedoch beschlossen, die Lohnfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die „Daily Chronicle“ mittheilt, daß das Handelsamt bereits von neuen Unterhandlungen mit den Führern der streikenden Parteien angeknüpft, um, wenn irgend möglich, eine Einigung herbeizuführen. Colonel Dyer, der Leiter des Unternehmer-Verbandes, hat am Montag mit Herrn Ritchie auf dem Handelsamt längere Zeit konferirt; näheres darüber ist noch nicht bekannt. Dem Leiter der Kesselmacher-Union, Herrn Knight, gegen dessen Willen die Londoner Mitglieder dieses Verbandes streiken, weil, wie J. J. mitgetheilt, die Inhaber der Londoner Schiffsreparatur-Werstätten den Neunstundentag wieder einführen wollten, hat von den letzteren ein Ultimatum erhalten, in dem es heißt, daß es zu schlimmen Konsequenzen für die übrigen Kesselmacher im Lande führen werde, wenn es ihm (Knight) nicht gelingen würde, die Londoner zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Eine der Schiffsreparaturanstalten hatte das Angebot gemacht, den Kesseltag bis zum Februar zu gewähren, dann den Neunstundentag wieder einzuführen; die Arbeiter lehnten dieses Angebot ab.

Bon zuverlässiger Seite wird und geschrieben, daß die Behauptung der kapitalistischen Blätter, die Arbeiter zweifelten an dem Sieg und fingen an, müßlos zu werden, widerspricht schmerzhaft den Thatsachen. Das begeisterte und einmüthige Eintreten der Arbeiter aller Länder für die englischen Maschinenbauer hat die Siegeszuversicht dieser zur Siegesgewißheit erhoben und auf das Unternehmertum deprimierend gewirkt. Dazu kommt, daß die öffentliche Meinung sich mehr und mehr auf Seiten der Arbeiter schlägt, und daß die Unpopularität des schneidigen Stimm-Gesellen Siemens schwer auf dem Unternehmertum lastet.

Soziales.

Ueber das Sanitätswesen des preussischen Staates veröffentlicht das Kultusministerium (eben) einen Bericht, der die Jahre 1888, 1890 und 1891 umfaßt. Danach betrug die Geburtsziffer während dieses Zeitraumes im Mittel 38, die Sterbeziffer 23 auf das Tausend der Einwohner. Von den 92 Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern hatte Kassel mit 17,2 die niedrigste, Linden mit 32,3 v. Z. die höchste Sterbeziffer. Von den einzelnen Krankheiten wurden die tödtlichen Provinzen durchschnittlich härter heimgesucht, als die westlichen. So ist die Sterblichkeitsziffer bei Pocken-erkrankungen am stärksten im Reg.-Bezirk Gumbinnen, die schwersten Erkrankungen betrafen ungeimpfte Kinder. Auch an Diphtherie-Todesfällen überwiegt Gumbinnen nebst Königsberg i. Pr. die übrigen Regierungsbezirke. Mehrfach zeigte sich, daß bestehende Diphtherie-Epidemien bei dem Auftreten der Influenza an Umfang abnehmen. Die erste in den Rahmen des Berichtes fallende Influenza-Epidemie begann im Herbst 1889 (im Reg.-Bez. Danzig im September, in den Reg.-Bez. Oppeln, Pilsnesheim und in Berlin im Oktober). Die zweite Epidemie 1891/92 zeigte bei weitem nicht die gleiche Ausdehnung wie die erste. Sie entwickelte sich langsamer, war aber in vielen Bezirken an schweren Erkrankungen, namentlich im Kindesalter, reich. In Tuberkulose starben in Preußen durchschnittlich 23,14 v. Z. der Einwohner. Von dieser Seuche waren die tödtlichen meist von Biederbäumen bevölkerten Provinzen mehr verschont als die industriereichen westlichen. Die höchste Sterblichkeit zeigte diese Krankheit in Westfalen und der Rheinprovinz. Ausfälle (Vepra)-Fälle wurden im Kreis Mersel seit 1870 achtzehn beobachtet, wobei die Uebertragung durch persönliche Ansteckung (Verührung) stattgefunden zu haben scheint. Ob der ursprüngliche Ansteckungsheerd Ausland oder die Wiege des Ausfalles Norwegen ist, konnte nicht entschieden werden.

Die Schaffung eines Gewerbegerichts wurde, wie das „Saalfelder Volksblatt“ mittheilt, von den Stadtverordneten in Frankenhäusen am Rapphäuser einstimmig beschlossen.

Unternehmer-Verbände.

Der Halbtag-Verband genehmigte in seiner letzten Sitzung für die vereinigten Grobblech-, Feinblech- und Bandisen-Walzwerke eine Ausfuhrprämie auf neue abgeschlossene Mengen von Stahlplatten und Stahlknäuel.

Die süddeutschen Trikotfabrikanten haben dieser Tage eine Versammlung abgehalten, um über die Feststellung einheitlicher Verkaufsbedingungen zu beraten. Trotz der vielfachen Uebereinstimmung der Beteiligten konnte völlige Einigung bei den Verhandlungen noch nicht erzielt werden, da die Betheiligung zu gering war. Die Bestrebungen sollen aber weiter verfolgt werden und haben sich die norddeutschen Fabrikanten der Gründung gegenüber nicht ablehnend verhalten.

Gerichts-Zeitung.

Gegen den Oberbürgermeister Zelle stand gestern vor der 150. Abtheilung des Schöffengerichts unter Vorsitz des Richters Bilde eine Privatklage zur Verhandlung an, die der Gemeindebeamte Richard Sund in Schöneberg angestrengt hatte. Oberbürgermeister Zelle war nicht persönlich erschienen, sondern wurde durch den Rechtsanwalt Springer vertreten. Dem Privatkläger stand Rechtsanwalt Dr. Jansen zur Seite. Es handelte sich um folgenden Vorgang: Die Hilfsarbeiter des Magistrats („Ortsverein der Gemeindebeamten von Berlin“) richteten am 12. Januar d. J. eine Petition an das Abgeordneten- und das Herrenhaus, in welcher sie außer anderen Vergünstigungen eine Gleichstellung mit den sonst angestellten Gemeindebeamten erbat. Die Petition war mit einer besonderen Schärfe gegen den Magistrat abgefaßt und enthielt unter anderem den Passus: „Uns beliebt der Magistrat von Berlin sogar im Falle der Krankheit unser längliches Gehalt vorzuenthalten.“ Auf diese Petition richtete der Magistrat von Berlin eine vom Oberbürgermeister Zelle unterzeichnete Erwiderung an beide Häuser des Landtages, in welcher er ansah, daß jene Behauptung des Ortsvereins unwahr und die Unwahrheit den Unterzeichnern der Petition bekannt sei, da mehrere von ihnen selbst im Falle der Erkrankung Diäten erhalten haben. Daraufhin begab sich der Vorsitzende des Ortsvereins, Hilfsbeamter Korbach, am 10. März zu dem Oberbürgermeister Zelle, um ihm über die Aeußerung des Magistrats Vorstellungen

zu machen. Als Korbach im Rathhause erschien, lehnte Oberbürgermeister Zelle es ab, sich persönlich mit ihm ohne Gegenwart eines Zeugen zu unterhalten, da ihm bekannt war, daß über solche Vorfälle sofort falsche Berichte in die Oeffentlichkeit dringen. Er rief deshalb sofort den Magistrats-Bureau-Direktor Wermeyer hinzu, welcher der Unterredung als Zeuge beizuhelfen. Als Herr Korbach dem Oberbürgermeister vorführte, daß die an den Landtag gelangte Aeußerung des Magistrats unrichtig sei, soll Oberbürgermeister Zelle — nach der durch seinen Vertreter gegebenen Sachdarstellung — gesagt haben: „Sie wollen mich rektifizieren und lassen solche Unwahrheiten in einer Petition stehen! Die Herren wissen doch aus eigener Erfahrung, daß es nicht wahr ist, was sie in der Petition behaupten.“ Einige Zeit nach dieser Besprechung wurde der Privatkläger, der früher Eisenbahn-Sekretär gewesen, aus seiner Stellung als Magistrats-Hilfsarbeiter entlassen. Er hat dann am 22. Juni die Privatklage gegen den Oberbürgermeister angestrengt. Er gehörte zu den Unterzeichnern der Petition und behauptete, daß Herr Zelle in jener Unterredung mit Korbach die Unterzeichner der Petition „Lügner“ genannt und ihn dadurch beleidigt habe. Rechtsanwalt Springer bestritt namens des Beklagten, daß das Wort „Lügner“ gefallen sei und hob hervor, daß die Behauptung der Petenten, daß sie in Krankheitsfällen keine Diäten erhielten, unwahr sei. Der Beweis sei leicht zu führen, daß sie — und insbesondere der Privatkläger — in solchen Fällen Diäten erhalten haben. Der Privatkläger sei im Jahre 1888 eingetreten; er sei im Jahre 1888 mit einer Unterstufung von 60 M. bedacht worden. Er sei nur ein einziges Mal krank gewesen und während dieser Zeit im Genusse seiner Diäten geblieben. Der Kläger habe im Jahre 1890 50 M., 1891 50 M., 1892 90 M. und 1897 90 M. Diätensumme erhalten. Ebenso haben andere Vorstandsmitglieder, z. B. Herr Guichard, Diäten in Krankheitsfällen erhalten. Der Magistrat dürfe es sich nicht bieten lassen, daß seine Angestellten durch solche dem Parlament und den Zeitungen gemachten falschen Angaben den Magistrat in der öffentlichen Achtung herabsetzen. — Nach der Sachdarstellung ging der Vorsitzende auf die Erörterung der Frage ein, ob die Antragsfrist gewahrt sei. Rechtsanwalt Springer betonte, daß er vom Oberbürgermeister Zelle beantragt sei, den Verjährungs-Einwand nicht zu machen und dringend bitte, in die Beweisnahme einzutreten, welche die Hinsüßigkeit der ganzen Klage erweisen müsse. Der Vertreter des Privatklägers behauptete dagegen, daß die dreimonatige Antragsfrist gewahrt sei. Der Kläger habe zunächst nur gerüchweise von mitleidigen Aeußerungen des Oberbürgermeisters gehört und erst nach und nach über den wahren Inhalt der Aeußerungen Gewißheit erhalten. Der Privatkläger behauptete dies. Er habe zunächst vernommen, daß der Oberbürgermeister Zelle bei einer am 10. Februar stattgefundenen Unterredung sich mitleidig über den Ortsverein ausgesprochen habe. Von den gleich mitleidigen Aeußerungen bei der Unterredung vom 10. März habe er bald danach gerüchweise vernommen, er habe aber des Vereinsvorsitzenden Korbach erst nach einigen Bemühungen habhaft werden können und da erst bestimmt erfahren, daß der Oberbürgermeister die Unterzeichner der Petition „Lügner“ genannt habe. Ueberdies habe er auch schon am 17. Juni eine Beschwerde über den Oberbürgermeister an den Oberpräsidenten gerichtet und darin auch jener Aeußerung Erwähnung gethan. — Der als Zeuge anwesende Magistrats-Hilfsbeamte Korbach erklärte, daß er den Tag, an welchem er dem Privatkläger Mittheilung von den Aeußerungen des Oberbürgermeisters gemacht, nicht näher angeben könne. — Rechtsanwalt Springer hat wiederholt, die Verjährungsfrage auf sich beruhen zu lassen; nach der materiellen Verhandlung werde der Privatkläger vielleicht selbst seine Klage zurückziehen. — Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende: Die Wahrung der Antragsfrist unterliegt nicht der Parteidisposition, sondern das Gericht hat darüber ex officio zu befinden. Der Angeklagte kann dies nicht durch die Erklärung beseitigen, daß er darauf verzichte. Die Privatklage ist am 22. Juni eingegangen, ein schiedsmännisches Urtheil ist nicht überreicht worden, dies war auch nicht nöthig, da die Parteien in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnen. Aus den zur Sprache gebrachten Daten und den eigenen Angaben des Privatklägers ist festzustellen, daß letzterer in jedem Falle schon vor dem 22. März Kenntniß von allen Einzelheiten der Unterredung mit dem Oberbürgermeister gehabt hat. Die Antragsfrist ist nicht gewahrt. Deshalb kann materiell nicht verhandelt, es mußte vielmehr das Verfahren auf Kosten des Klägers eingestellt werden.

Wegen Uebertretung der Polizeistunde war die Gastwirthin M. B. angeklagt. Der Fall ist deswegen sehr wichtig, weil die Uebertretung nach Schluß von Vereinsversammlungen begangen sein soll. Frau Mörchel war in der ersten Instanz am 9. Juli vom Schöffengericht zu 2 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft verurtheilt worden, weil sie am 17. Mai nach Schluß einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des 1. Reichstags-Wahlkreises die Theilnehmer der Versammlung über die Polizeistunde hinaus auch im Lokal geduldet haben sollte. Einem gleichen Vergehen sollte sich Frau Mörchel am 30. Mai haben zu Schulden kommen lassen. Wegen das Urtheil war Berufung eingelegt worden, über die gestern Vormittag verhandelt wurde. Frau Mörchel machte geltend, daß sie zu der fraglichen Zeit nicht das Lokal frühzeitig verlassen habe, da sie damals in gesegneten Umständen war. Sie könne also nichts ausfügen. Die Zeugenvernehmung ergab folgendes: Der Schuhmann Spaller erwiderte am 17. Mai, abends um 12¼ Uhr, im Lokal der Frau M., Jüdenstr. 36, noch Personen, er ging hinein und forderte in etwas brüskem Tone den Gastwirth Mörchel, der seine Frau vertrat, auf, die Gäste hinauszurufen. Man kam nicht gleich der Aufforderung des Schuhmanns nach. In der Nacht vom 29. zum 30. Mai wollte Sp. gesehen haben, daß um 12 Uhr 20 Minuten im Lokal der Frau M. noch Billard gespielt wurde. Polizeileutnant Stadion befandete, daß er am 17. Mai eine Versammlung eines sozialdemokratischen Wahlvereins bei Frau M. überwacht habe. Nach Schluß der Versammlung, gegen 11 Uhr, hätten die meisten der Versammelten das Lokal verlassen. Der damalige Vorsitzende des Wahlvereins, Buchdrucker-Hilfsarbeiter Jahnke erklärte, daß er kurz vor Schluß der Versammlung am 17. Mai zur Zahlung der Beiträge und Meldung neuer Mitglieder aufgefordert habe. Die Beitragzahlung und Mitgliederaufnahme sei denn auch erfolgt, doch habe man nur in dieser Vereinsangelegenheit noch verweilt, andere Gäste wären nach 11 Uhr nicht mehr zugegen gewesen. Der Raum für diese war überhaupt nicht erleuchtet. Nur der große Raum, der direkt an den Gasträum anschließt, war erleuchtet. Drechsler Löffel befandete, daß am 29. Mai die übliche Sitzung der Kontrollkommission der Drechsler abgehalten wurde, die ungefähr bis um 12 Uhr 7 Minuten währte; dann seien die Theilnehmer an der Sitzung ins Gasträum getreten, wo sie sich im Interesse des Vereins noch einige Minuten aufgehalten hätten. Vier sei ihnen nicht mehr ausgeschickt worden, sondern sie hätten nur ihr Bier aus dem Vereinszimmer mit in den Gasträum genommen und dort ausgetrunken, auch habe niemand Billard oder Karten gespielt. Aus den weiteren Aussagen war zu entnehmen, daß der Versammlungsraum und der Gasträum ein und derselbe Raum sind, wenigstens ist der Gasträum nur durch eine Schranke vom anderen Raum getrennt. Andere Gäste, wie die aus den beiden geschlossenen Gesellschaften, sind nicht anwesend gewesen; Billard hatte der Gastwirth Mörchel aus Langeweile selbst gespielt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Löwenstein, beantragte die Freisprechung der Angeklagten. Der Gerichtshof, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bardeleben, sprach die Angeklagte frei. Im ersten Fall nahm er als feststehend an, daß nur eine geschlossene Gesellschaft im Lokal anwesend war, im zweiten Fall sei aber erwiesen, daß Personen im Lokal verweilt hätten, um Bier zu trinken. Doch erfolge die Freisprechung, weil feststeht, daß die Angeklagte krank war. Das würde sie allerdings nicht entschuldigen, doch konnte sie von ihrem Vertreter, ihrem Gemann, annehmen, daß er zeitig schliefen würde. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die Verhandlungen ergaben, daß es den Theilnehmern von Versammlungen politischer Vereine erlaubt ist, so

lange im Lokal auch nach Schluß der Versammlung zu verweilen, als nöthig ist, um Vereinsangelegenheiten zu ordnen, daß also darin keineswegs eine Uebertretung der Polizeistunde zu erblicken ist.

Die Prügelpädagogik, welche in diesen Tagen namentlich in Schöneberg durch den Fall des zu Tode mißhandelten Knaben Fischer Gegenstand wohl begründeter Entrüstung geworden ist, spielte in einem gestern vor dem Schöffengericht Berlin II verhandelten Anklagefall eine beträchtliche Rolle.

Der Arbeiter Zube in Schöneberg hatte nämlich eine Mißhandlung, die seinem Sohne durch den Lehrer Albrecht zu theil geworden war, in lebhafter Umrufe verfaßt. Zube kam eines Abends von der Arbeit nach Hause und fand seinen Sohn im Bette liegend. Der Knabe konnte, wie er sagte, nicht sitzen, weil ihn der Lehrer am selben Tage geprügelt hatte. Zube ging nun mit seinem Knaben in die Wohnung des Lehrers Albrecht, um denselben zur Rede zu stellen, und als er ihm auf der Treppe begegnete, schlug er ihn ohne weiteres über den Kopf und belegte ihn mit Scheltworten. Zube sucht sein Verhalten mit seiner Erregung zu entschuldigen. Er legte auf dem Gericht ein ärztliches Attest vor, worin bescheinigt wird, daß der Knabe auf beiden Hinterbacken und zu beiden Seiten derselben eine Anzahl blutunterlaufener Striemen hatte, welche ihm Schmerzen verursachten und ihn am Sitzen hinderten. Der als Zeuge vernommene Lehrer Albrecht behauptet natürlich, er habe sein Züchtigungsrecht nicht überschritten, sondern dem Jungen wegen Faulheit nur drei bis vier Schläge mit einem dünnen Rohrstock auf das Gesäß gegeben, wie es sich gehört. Das Gericht nahm auf die bezügliche Erregung des Zube keine Rücksicht. Es war mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß hier eine exemplarische Strafe geboten sei, es müsse dem Angeklagten gezeigt werden, wie man sich dem Lehrer gegenüber zu benehmen habe, der einen ungerathenen Jungen eine unüßliche und wohlverdiente Züchtigung erteilt habe. Der Angeklagte wurde dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Ob die zweite Instanz dieses Urtheil bestätigen wird?

Wegen Mangels an Menschenkenntniß hatte der Bezirksauschuß dem Geheimen Sanitätsrath Dr. Koller die Erlaubniß, in der Kolonie Ostend bei Kopenhagen eine Nervenheilanstalt zu betreiben, verweigert. Das Bezirksgericht nahm an, von dem Leiter einer Nervenheilanstalt müsse vor allem Menschenkenntniß verlangt werden, sie fehle aber dem Sanitätsrath, denn sonst hätte er nicht — seine Frau geheirathet. Um das Vorleben und die sittliche Qualität der Frau drehte sich denn auch der ganze Rechtsstreit, den Herr Dr. Koller gegen den Beschluß des Bezirksauschusses führte. Aus ihrem Liebesleben vor ihrer Verheirathung mit dem Kläger wurde gegen diesen jetzt Verdictenes geltend gemacht. So ist sie vor einigen Jahren mit einem Herrn v. Kleist nach England gegangen und hat sich ihm dort antrauen lassen. Der Mann starb aber bereits nach vier Monaten, während nach dortigem Recht erst in sechs Monaten die Ehe bindende Gültigkeit erlangt hätte, so daß ein dem Verhältniß entsprechendes Kind den Mädchen-Namen der zu früh Verwitweten annehmen mußte. Später wurde die Dame eine Gräfin Domsky und zwar wieder in dem Inselreiche. Diese Ehe wurde nach etwa zwei Jahren vom Zivilrichter geschieden. Alsdann soll sich die Gräfin Domsky mit einem jüdischen Fabrikanten eingelassen haben; sie selber bestritt aber jede intime Beziehung zu diesem Manne. Und schließlich wird ihr noch ein Verhältniß mit einem Lieutenant als böse angerechnet, das sie für ein Verlöbniß mit Einwilligung seiner Mutter erklärt. Diese Ergebnisse wurden vor einigen Jahren bekannt; der Sanitätsrath gab deshalb seine Stellung als Direktor der sächsisch-lippischen Irren-Heil- und Pflege-Anstalt auf, die er viele Jahre inne hatte. Ein junger Arzt v. Köppen hatte ihn wegen der Frau Sanitätsrath in einer hyperkritischen Anwandlung zur Rede gestellt und sich dabei nicht gerade fein über die Frau ausgelassen. Er wurde darauf zu 600 M., der für Beleidigungen höchst zulässigen Geldstrafe, verurtheilt. Die Presse berichtete damals allgemein und ausführlich über die Gerichtsverhandlung. Was den wissenschaftlichen Werdegang des Dr. Koller und seine Wirksamkeit als dirigender Arzt der genannten staatlichen Anstalt betrifft, so konnte er sich auf die ausgezeichnetsten Zeugnisse berufen. Trotz alledem blieb der Bezirksauschuß bei seinem Beschluß, worauf Herr Geh. Sanitätsrath Dr. Koller beim Ober-Verwaltungs-Gericht Revision einlegte. In der gestrigen Verhandlung vor dem dritten Senat waren die Parteien nicht vertreten. In der Revisionschrift wurde u. a. ausgeführt, daß der Kläger sein Grundrecht an der Oberstufe habe verkaufen müssen, daß also sein Verlangen nach einer Konzeption praktisch keine Bedeutung mehr habe; er kämpfe jetzt nur noch um seine Ehre. Das Ober-Verwaltungsgericht entschied im Prinzip zu gunsten des Sanitätsraths Koller, indem es das Urtheil des Bezirksauschusses aufhob. Der Vordereichter habe ganz einseitig nur berücksichtigt, daß Kläger das Vorleben seiner Frau nicht genügend gepriift habe. Er hätte auch seine früheren Leistungen berücksichtigen müssen. Das Gericht sei der Meinung, daß Koller die persönliche Fähigkeit zur Leitung einer Nerven-Heilanstalt auch jetzt noch besitze. Wichtig sei allerdings, daß dazu ein gewisses Maß von Menschenkenntniß gehöre.

Der Prozeß wegen des Widmankstuhles, der von dem Bismarckverehrer Grafen von Wartenleben bei dem Tischlermeister Stannard in Namslau als Geschenk bestellt und dann von Seiner Obern zu ihnen befunden wurde, fand am 2. November vor dem Oberlandesgericht in Breslau dadurch seine Erledigung, daß der beklagte Graf die Verurteilung gegen das Erkenntniß des Landgerichtes Oels zurücknahm, welches ihn zur Zahlung der Restforderung von 425 Mark an den Kläger verurtheilt hatte. Der Herr Graf hat außerdem die nicht geringen Kosten des famosen Prozesses zu tragen.

In dem zu Neunkirchen verhandelten Beleidigungsprozeß des Hospredigers a. D. Stöcker gegen den Reichstags-Abgeordneten Freiberger v. Stumm-Halberg setzte das Schöffengericht nach vierständiger Verhandlung die Urtheilsverurteilung auf den 5. November abends fest.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 8. November. (W. Z. B.) Antich wird gemeldet: Am Dienstag, den 2. d. M., abends 7 Uhr, ist auf dem Chaussee-Ueber-gang bei Bude 2 der Strecke Grunewald-Wannsee ein einspänniges Fuhrwerk von der Maschine des Vorortzuges 1079 an der Hinterecke erkrast und auf die Seite geworfen. Die drei Insassen des Fuhrwerks wurden aus dem Wagen hinausgeschleudert, wobei der eine ein Bein gebrochen hat. Ob der Unfall durch nicht rechtzeitiges Schließen der Wegschranken herbeigeführt, konnte nicht festgestellt werden, da der Bahnwärter gleichfalls verletzt und zur Zeit nicht vernehmungsfähig ist. Der Wärter war nach 12stündiger Ruhe erst eine Stunde im Dienst.

Wiesbaden, 3. November. (W. Z. B.) Das hiesige Schöffengericht verurtheilte den Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ zu Berlin und den des „Wiesbadener Anzeigers“ wegen Beleidigung des Kandidaten der Zentrumspartei bei der letzten Reichstagswahl Grafen Raunand Jagger zu je 500 Mark Geldstrafe.

Budapest, 8. November. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Molnar (Vollspartei) interpellirte den Minister des Innern darüber, ob er geneigt sei, sobald als möglich einen Gesetzentwurf über das Versammlungsgesetz und besonders über die Abhaltung von Volksversammlungen einzubringen.

Paris, 8. November. (W. Z. B.) Der „Temps“ meldet: Die der lateinischen Münzkonvention angehörenden Staaten haben eine Vereinbarung beschlossen, nach welcher sie das Recht haben sollen über die bisherige, vertragmäßig festgesetzte Grenze hinaus neue Silber-Scheidmünzen zu prägen und zwar einen Frank pro Kopf der Bevölkerung. Frankreich hat im Hinblick auf seine Kolonialbevölkerung das Recht erhalten, seine Silberscheidmünzen um 150 Millionen Franks vermehren zu dürfen. Der Vorschlag zu der Vereinbarung ist von der Schweiz ausgegangen.

Für die am Montag, den 8. November, stattfindenden Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung sind von unserer Partei die folgenden Kandidaten aufgestellt:

- 3. Wahlbez.: Stadtverordneter Paul Singer.
8. „ Cigarrenfabrikant Otto Antrich.
10. „ Tischler F. Koblenzer.
12. „ Stadtverordneter Paul Singer.
14. „ Stadtverord. Arthur Stadthagen.
19. „ Tischler Rudolf Millarg.
21. „ Stadtverordneter Paul Singer.
25. „ Stadtverordneter Julius Wernau.
26. „ Stadtverord. Bernhard Gruns.
28. „ Stadtverord. Bernhard Gruns.
32. „ Schneider Johannes Timm.
34. „ Stadtverordneter H. Bergmann.
38. „ Gastwirth Christian Hilgenfeld.
40. „ Rechtsanwalt Wolfgang Heine.

Kommunales.

Gerichtshaltung der Lehrer und Lehrerinnen in Berlin. Bekanntlich sind in der ersten Sitzung des Lehrergewalts-Ausschusses weit hinter den Wünschen unserer Genossen zurückbleibende Gehaltsregelungen angenommen. Wir greifen eine Kategorie, die der Lehrerinnen, heraus. Es sollen die sogenannten wissenschaftlichen Lehrerinnen (die Fachschullehrerinnen sind noch schlechter gestellt) als Anfangsgehalt erhalten; an Grundgehalt 1000 M. und an Mietzuschlag 400 M., insgesamt also 1400 M. Durch die Normierung der Mietzuschläge auf nur 400 M. zeigt die liberale Stadtverwaltung, daß sie die Lehrerinnen tiefer schätzt, als der im Punkt der Lehrerbildung gar nicht feigegebige preussische Staat und als das Reich seine Subalternbeamten. Es erhalten nämlich bereits nach dem Gesetz vom 30. Juni 1873 die Reichs-Subalternbeamten für Berlin einen Wohnungsgeldzuschuß von 540 Mark. Zu diesen Subalternbeamten rechnen die Lehrerinnen bei den Garnisonschulen, die Telegraphenämtern und die Telegraphenangehörigen. Ja, auch der Stall- und Drehtmeister bei den militärischen Reitkünstlern erhält gleichfalls in Berlin 540 Mark Wohnungsgeldzuschuß. Die Stadt Berlin soll also seinen Volksschullehrerinnen einen um 140 Mark geringeren Wohnungsgeldzuschuß zubilligen, als das Reich den Pferdebesitzern — ein prächtiger Beweis für die Achtung, welche die Kommune Berlin ihren Jugendbildnerinnen angedeihen läßt. So tief steht selbst der Junkerstaat Preußen nicht, denn die Lehrerinnen an den Berliner staatlichen höheren Mädchenschulen erhalten einen Wohnungsgeldzuschuß von gleichfalls 540 Mark. Derselbe Höhe des Wohnungsgeldzuschusses wird den Lehrerinnen an der staatlichen Blindenanstalt in Steglitz gezahlt. Auch bezüglich des Grundgehalts steht die Stadt Berlin einer großen Anzahl viel kleinerer Städte nach. Sie will nur 1000 M. Grundgehalt gewähren. Es genähren beispielsweise ein höherer Grundgehalt: Frankfurt a. M. (1400 M.), Dortmund (1800), Schwerte (1850), Kassel (1200), Charlottenburg (1150), Gasse (1150), Westerbauer bei Gasse (1150), Breslau (1100), Landgemeinde Weimar bei Bochum (1200), Berna (1200), Altenhofen (1100), Wilhelmshaven (1100), Gasse bei Hagen (1100), Fulda (1050), Wiemelhausen (1200), Cassel (1100), Sudarba (1150), Marten (1100), Nuna (1100), Lügendorf (1100), Bellinghofen (1200), Brunnshausen (1200), Langendreez (1200), Altenbochum (1200), Steinbühl (1200), Wetter a. d. R. (1200), Wiesbaden (1200), Wehrich a. Rh. (1100). Ja noch mehr: Biewohl der Wohnungsgeldzuschuß nach dem Reichsgesetz von 1873 für Berlin höher als für alle anderen Orte Deutschlands ist, übersteigt doch das Anfangsgehalt der Lehrerinnen selbst unter Hinzurechnung des Wohnungsgeldzuschusses in folgenden Städten das von der Stadt Berlin für seine Lehrerinnen geplante von 1400 M.: Es zählt Frankfurt a. M. 1800 M., Dortmund 1650, Schwerte i. W. 1600, Kassel 1500, Charlottenburg 1450, Gasse 1450, Westerbauer 1450, Steinbühl 1450, Altenbochum 1450, Wiesbaden 1500 M. Die städtischen Lehrerinnen stehen überdies in Berlin auch dadurch noch schlechter als in vielen anderen Städten und als die staatlichen Lehrerinnen, daß ihnen die vor ihrer Aufstellung absolvierte Lehrerinnenzzeit nicht anzurechnet wird. Auch dieser Vergleich der Lehrerinnengehälter in Berlin mit anderen zeigt, wie weit die „freie“ Kommunalverwaltung hinter anderen, selbst preussischen, kleineren Städten in der Erfüllung ihrer Kulturaufgaben zurückbleibt. Ob es unseren Vertretern gelingen wird, die städtischen Lehrerinnen wenigstens hinsichtlich des Wohnungsgeldzuschusses nicht tiefer als die Pferdebesitzer zu stellen, bleibt abzuwarten. Der Ausschuß tritt diesen Sonnabend in seine zweite Sitzung ein.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der sozialdemokratischen Anträge auf Anstellung von Schularzten, Ausbildung der Lehrer in der Hygiene, Verbot des Ausstragens von Zeitungen u. s. w. durch Schulkinder und Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts hielt gestern seine erste Sitzung ab. Von der sozialdemokratischen Fraktion nahmen an der Sitzung die Genossen Stadthagen und Zabel teil. Nach längerer Diskussion wurde folgender Antrag des Stadtverordneten Cassel angenommen: „Den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, inwieweit eine Zuziehung von Ärzten in weiterem Umfange als bisher zur Erledigung der Aufgaben der Schulverwaltung zweckmäßig und geboten erscheint und über das Ergebnis dieser Erwägungen der Versammlung Mitteilung zu machen.“ Es wäre wünschenswert, daß die Erwägungen bald zu einer eingehenden Denkschrift über die Schularztfrage führen und die Angelegenheit endlich zu gunsten der Einführung von Schularzten von der Stadtverwaltung entschieden werden wird. Die auf Ausbildung der Lehrer in der Hygiene, Verbot von Gewerbetätigkeit der Schulkinder und Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts gerichteten Anträge gelangen in der nächsten Sitzung zur Beratung im Ausschuss.

Der Oberpräsident von Berlin hat mittels Erlasses vom 25. Oktober cr. genehmigt, daß die Befolgung des Stadtschulrathes, Geheimen Regierungsrathes Professor Dr. Bertram für den Fall seiner Wiederwahl auf 15 000 M. für den Fall einer anderweitigen Wahl dagegen auf 12 000 M. festgesetzt wird. Der niedergesetzte Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtschulraths wird infolge dessen demnächst wieder zusammentreten, um sich über die Vorschläge für die Versammlung schlüssig zu machen.

Lokales.

Die Mitglieder der Preßkommission werden gebeten, heute Abend 1/29 Uhr auf der Redaktion zu erscheinen.

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Süd-Ost werden aufgefordert, am Sonntag, den 7. No.

vember, zahlreich und pünktlich an der Verteilung von Flugblättern für den 12. und 14. Kommunal-Wahlbezirk teilzunehmen. Zeit und Ort wird in der Freitag-Nummer bekanntgegeben. Es ist Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Eine brave Genossin, Frau Dorothea Piele, ist uns am Dienstag Nachmittag durch den Tod entzogen worden. Im 6. Wahlkreis, Gesundbrunnen-Vorstadt, war sie den Parteigenossen wohl bekannt. Still und schlicht wie ihr Wesen, war ihr Mitwirken, aber immer war sie mit dem ersten am Platz, wenn es galt, im Interesse des Proletariats zu wirken. Die Offenbacher Frauen-Krankenkasse verlor in ihr nicht nur eines ihrer ältesten, sondern auch thätigsten Mitglieder, sie gehörte dieser seit Gründung derselben an und war fast ununterbrochen im Vorstand verschiedener Filialen thätig. In einer Sitzung am vorigen Sonntag Nachmittag ist sie vom Schlagelähmung umgefallen, das Bewußtsein ist bis zum Eintritt des Todes nicht wiedergekehrt. Ihre Kinder verlieren in ihr die beste Mutter, die Freunde eine treue Freundin, die Genossinnen eine wackere Mitkämpferin, der sie mit Achtung und Liebe stets gedenken werden.

Zur Zentralisation der Krankenversicherung. In Verfolg des von uns mitgetheilten Beschlusses hat die Gewerbedeputation des Magistrats jetzt an die Vorstände sämtlicher Orts-Krankenkassen Berlins — 57 an der Zahl — das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Von einer aus Arbeiterkreisen gewählten Kommission ist an die Aufsichtsbehörde der Krankenkassen der Antrag gestellt, dem Plan einer Zentralisation zunächst der in Berlin bestehenden Orts-Krankenkassen näher zu treten und zu dem Zwecke ein Statut für eine gemeinsame Orts-Krankenkasse auszuarbeiten. Nach Lage der gesellschaftlichen Bestimmungen ist die Errichtung einer gemeinsamen Orts-Krankenkasse aber nur durchführbar, wenn gleichzeitig die Generalversammlungen der jetzt bestehenden Orts-Krankenkassen die Auflösung ihrer Kassen durch Ueberweisung der Mitglieder an die gemeinsame Orts-Krankenkasse beschließen. Bevor diesfalls also der Antrag der Kommission in nähere Erwägung gezogen wird, erlaube ich Sie um Mittheilung, welche Stellung Sie zu der Frage der Zentralisation einnehmen, und wie vernünftlich Ihre Generalversammlung beschließen wird. Bei der Verschiedenheit der einzelnen Kassen bezüglich der Höhe der Beiträge und Leistungen, der Ueberschlagsdauer und des Vermögensbestandes wird eine unstreitig im Interesse der Allgemeinheit liegende Zentralisation ohne gewisse Opfern einzelner Kassen nicht zu erreichen sein. Der Magistratskommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen: J. V. Dr. Meyer.

Wie wir hören, haben mehrere der hiesigen Krankenkassen-Vorstände diese Anfrage bereits beantwortet und zwar — wie voraus zu sehen — in ablehnendem Sinne.

Ein Protest gegen die Prämierung der Nahrungsmittel-Ausstellung wird von einer Anzahl unzufriedener Aussteller erhoben. Zu diesem Zwecke fand Mittwoch Nachmittag im City-Hotel eine öffentliche Versammlung statt. Die Versammlung nahm nach lebhafter Debatte, in welcher über das Warten der Preisrichter die unüberhörlichen Mittheilungen gemacht waren, die folgende Resolution an: Die heutige Versammlung der Aussteller protestirt gegen die erfolgte Preisvertheilung aus folgenden Gründen: 1. In Anbetracht des Umstandes, daß, entgegen dem § 1 des Programms, Aussteller begünstigt, Preisrichter fungierten. 2. Weil Gegenstände prämiert worden sind, die überhaupt nicht in der Ausstellung vorhanden waren und theilweise nicht geprüft worden sind. Die Versammlung richtet auf Grund des Punktes 1 dieser Resolution an das Komitee die Bitte, eine Nachprüfung der Prämierung veranlassen zu wollen.

Die Vorbereitungen über die Einrichtung des elektrischen Betriebes auf der Wannenseebahn sind jetzt einem hitzigen Blatte zufolge soweit gediehen, daß mit dem Bau eines Versuchszuges und der dafür erforderlichen Einrichtungen auf der Strecke Berlin-Zehlendorf, der voraussichtlich in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres in Betrieb gesetzt werden kann, nunmehr begonnen wird. Der elektrisch zu betreibende Versuchszug wird aus neun normalen, dreiaxigen Vorortzug-Wagen neuester Bauart mit einer größten Zuglast von 210 t hergestellt werden. Die beiden an der Spitze und am Schluß des Zuges laufenden Wagen III. Klasse werden als Motorwagen ausgerüstet, so daß beim Richtungswechsel sowohl in Berlin wie in Zehlendorf weder ein Umsetzen des Motorwagens noch eine andere Veränderung an dem geschlossenen Zuge notwendig wird. Das in der Zugrichtung vorderste Abtheil wird als Raum für den Wagen- und den Zugführer eingerichtet, das nächste Abtheil dient als Gepäckraum, während die übrigen Abtheile zur Benutzung durch Fahrgäste III. Kl. verbleiben.

Madame Telephonistin. Auf den verschiedenen Telephon-Ämtern ist seit kurzem laut Anschlag bekannt gemacht, daß den Telephon-Beamtinnen von nun an gestattet wird, auf Nähern zur Dienststelle zu kommen, und daß der Wörtner angewiesen ist, die verschiedenen Stahlfrohne in seine spezielle Obhut zu nehmen.

Der Fall Rothenburg hat wieder eine Ueberraschung gebracht: Bekanntlich war von seiten der Beteiligten bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung der Entmündigung der Frau Baumeister Rothenburg und des seinerzeit erstatteten Gutachtens des Professors Möhl beantragt worden. Am Dienstag war darauf der Sohn dieser Dame, der Referendar Rothenburg, vor das Amtsgericht I. geladen worden, und zwar zu seiner Vernehmung als Zeuge. Zu dieser Vernehmung kam es jedoch nicht, da zugleich die Staatsanwaltschaft eine ärztliche Begutachtung des geistigen Zustandes des Referendars Rothenburg seinerzeit verweigert hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte zu diesem Zweck auch die Akten der Anstalt Uckermark über den Referendar Rothenburg angefordert. Letzterer zog es aber unter diesen Umständen vor, sich wieder zu entfernen, da er als Zeuge und nicht zur Untersuchung über seinen Gesundheitszustand vorgeladen war.

Ein eigenartiger Unglücksfall verursachte gestern Abend am Spittelmarkt eine größere Verkehrsstörung und gewaltige Menschenansammlung. Dortselbst finden gegenwärtig die Geleitsausstellungen für den zukünftigen elektrischen Betrieb der Pferdebahn statt. Die Arbeiten werden Nacht ausgesetzt, während am Tage, um Betriebsstörungen zu vermeiden, der Boden zwischen den Geleisen mit Brettern belegt wird. Ein dieser Bretter hatte sich gestern Abend gelöst und schob sich gegen die Räder des gerade vorbeifahrenden Pferdebahnwagens Nr. 555 derartig, daß der Wagen weder vor noch rückwärts konnte. Als der Ausseher der Tramway, Pinze, versuchte, mit den Händen das Brett hervorzuheben, trat ein der Pferde plötzlich zurück und auf die rechte Hand des P., wobei die Knochen von drei Fingern buchstäblich zerquetscht wurden. Der Schwerverletzte mußte sofort nach der Charité übergeführt werden. Der Pferdebahnwagen wurde außer Betrieb gesetzt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Abend auf dem Stadtbahnhof Schönhauser Allee, welcher durch die Unfälle, schwere und umfangreiche Gegenstände in die Reife der Wagenabtheile zu legen, hervorgerufen ist. Der Agent Stengel zu Schöneberg, Sedanstr. 71a wohnhaft, benutzte einen Nordringzug zur Fahrt nach Schöneberg. Auf dem Bahnhof Schönhauser Allee verließ ein Arbeiter, welcher eine große eiserne Röhre bei sich hatte, den Wagen. Bei dem Herunternehmensgedes Hohes hantierte er mit demselben so ungeschickt, daß das schwere Eisen dem St. auf den Kopf fiel, wobei ihm eine Arterie durchgeschlagen wurde. Der Verletzte verblieb in dem Zuge bis zum Bahnhof Weiskense, wo er, durch den starken Blutverlust fast ohnmächtig, nach dem Bahnhofs geschafft wurde. Der dortige Stationsvorsteher, welchem der Vorfall gemeldet wurde, erklärte, daß ihn die

ganze Sache nichts angehe. Man wollte nunmehr den Verunglückten die Treppe hinunterbringen, was jedoch die Bahnbesitzer verhinderten, welche erklärten, daß ein Verletzte ohne Verband den Bahnsteig nicht verlassen dürfe. Erst nachdem auf Intervention dieser Beamten der auf dem Bahnhof befindliche Verbandskasten herbeigebracht, erhielt St. einen Notverband. Der Agent wurde sodann nach dem in der Greifswalderstraße gelegenen Komtoir der Firma Mobiling gebracht, wo ein telephonisch herbeigerufenen Arzt, Dr. Juda, bereits zur Stelle war, der dem St. die notwendige Hilfe zu Theil werden ließ. Der Verunglückte konnte sodann nach seiner Wohnung geschafft werden.

Erschossen hat sich gestern Abend der 18 Jahre alte frühere Unterprimaner Friedrich G. aus der Linienstr. 82. Der junge Mann besuchte das Humboldt-Gymnasium, war nach der Ansicht seiner Angehörigen fleißig, hatte auch gute Leistungen aufzuweisen. Anfangs September verließ er die Anstalt, da er keine Aussicht zu haben glaubte, verheiratet zu werden, und ging als Volontär in die Maschinenbauanstalt von Rüttger in der Melchiorstr. 23. Hier wollte er ein Jahr bleiben, dann ein Jahr zur Germaniawerft gehen und sich hiernach zum Ingenieur ausbilden. Weil ihm von der elterlichen Wohnung der Weg zu weit war, so zog er zu seinem Bruder, einem Junggesellen, der in der Oranienstraße ein Geschäft hat und wohnt. Hier wohnte außerdem ein anderer Bruder, der Postpraktikant ist. Der Wechsel scheint aber dem jungen Manne nicht gefallen zu haben, zumal er früher stets die Absicht hatte, das Abiturientenexamen zu machen und zu studieren oder Marine-Offizier zu werden. Er war in der letzten Zeit immer sehr unzufrieden. Vor kurzem machte er eine Radfahrt nach Stettin und ließ sich dafür von einem Freunde einen Revolver. Mit diesem erschoss er sich gestern Abend um 7 Uhr in der Wohnung seines Bruders in der Oranienstraße, während der eine Bruder im Geschäft und der andere im Dienste war. Seine Bücher hatte er unmittelbar vorher dem Direktor des Humboldt-Gymnasiums zur Uebermittlung an andere Schüler zugesandt.

Der Aluminium-Ballon von Schwarz ist gestern Nachmittag 1/4 4 Uhr auf dem Tempelhofer Felde aufgestiegen. Er hat einen Motor zum Betreiben der drei Flügel, die den Ballon lenken sollen. Von Herrn Georgi geführt, erhob sich der Ballon bis zu einer Höhe von 1000 Fuß. Doch soll der Versuch, den Ballon zu lenken, mißgünstig sein. Das Ungeheuer kam bereits nach kurzer Zeit in der Gegend von Wilmerdorf zur Erde.

Im Eisenbahnbetrieb ist gestern Morgen 6 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof der dort seit 12 Jahren beschäftigte Arbeiter Kubule von einer Rangiermaschine erfaßt und auf der Stelle getödtet worden. Kubule war unverheiratet.

Selbstmordversuch aus Noth. Gestern versuchte im Thiergarten der 24 Jahre alte Buchhalter Willibald M., der bei seiner Mutter, einer Kaufmannswitwe, in der Bergstraße wohnte, sich zu erschließen. Der junge Mann war seit drei Wochen ohne Stellung. Mit seiner Lage unzufrieden, äußerte er wiederholt Selbstmordgedanken. Gestern ging er wie gewöhnlich von Hause weg, ohne eine Spur von Aufregung zu verrathen. Später fand ihn der Schuhmann Koch vom 33. Revier auf einer Bank des Floraplatzes bewußtlos liegen. Er hatte sich eine Kugel in die Stirn gejagt. Im Krankenhaus ist er wieder zum Bewußtsein gekommen.

Feuerbericht. Dienstag Abend 11 Uhr war Köpnickersstraße 83 ein Schornsteinbrand ausgebrochen, der durch die Wehr begleitet wurde. Mittwoch früh 10 1/2 Uhr hatte Ritterstraße 96 ein mit Rosten besetzter Verschlag unter der Treppe Feuer gefangen, das jedoch nach rechtzeitigem gedankt werden konnte. Nachm. 3 Uhr erfolgte Alarm nach Leichterstr. 48c. Beim Theeren des Daches war hier der Theer übergelaufen, so daß ein Dachstuhlbrand zu besorgen stand. Das energische Eingreifen der Löschmannschaften verhinderte jedoch die Ausbreitung des Feuers. Eine Stunde später mußte Pantlitzstraße 2 ein Brand gelöscht werden, der hinter einer Bretterwand ausgekommen war und beim Eintreffen der Wehr bereits die Balkenlage geschädigt hatte. Es gelang zwar, ihn in kurzer Zeit zu besänftigen, doch war das Haus bereits erheblich beschädigt. Gegen 5 Uhr erfolgte Alarm nach Leichterstr. 49 ein Garbendbrand, und zur selben Zeit war Schönebergerstr. 33 in der Küche Benzin in Brand gerathen, der eine Partie Wäsche ergriffen hatte. Auch hier gelang es, die Flammen in kurzer Zeit zu löschen.

Ein Schaustückendieb hat dem Uhrmacher Tomeschna in der Brückenstr. 15a zwei goldene und eine silberne Herrenuhr sowie zwei goldene Damenuhren entwendet.

Keine Mittheilungen. Am Dienstag früh starb der zwei-jährige Sohn des Triffstr. 10 wohnenden Arbeiters Reinhold Beder an einer Kohlendunstvergiftung, die er sich am Tage vorher bei einem kleinen Feuer in der Wohnung seiner Eltern durch Einathmen von Rauch zugezogen hatte. — Im Thiergarten, in der Nähe des Floraplatzes versuchte Vormittags der 24 jährige Buchhalter Willibald M. sich durch einen Schuß in die Schläfe zu tödten. Er wurde noch lebend in die Charité gebracht. — Auf der Schloßbrücke wurde der 53 jährige Arbeiter Theodor Friese durch eine übermäßig schnell fahrende Droschke überfahren und am rechten Unterschenkel verletzt. — Nachmittags lief in der Bergmannstraße die vierjährige Tochter des Lehrers Tröfzler gegen eine Droschke, gerieth unter die Räder und erlitt eine schwere Verletzung am linken Fuße. — Auf dem Hadeschen Markt brach das Rad eines mit Gerüstbrettern beladenen Wagens; dieser stürzte auf das Geleise der Pferdebahn und verursachte eine Verkehrshinderung von fast einer Stunde. — Ansehend aus Liebesgram“ erschoss sich abends der Schmied Friedrich G. in der Wohnung seiner Eltern in der Linienstraße.

Das Apollo-Theater hat gestern sein Publikum mit einem Programm von überraschender Vielfältigkeit erfreut. Es fanden nicht allein fast sämtliche Künste, die zum eisernen Bestande einer Sozialitätenbühne gehören, auf dem Repertoire, die Direktion hatte sich auch ein übriges geleistet und eine Sängerin engagirt, die mit Frig ihren Platz in einem ersten Konzertsaal behaupten könnte. Die Vornehmheit, mit der Carmen Faur die bekannte Kavatine aus Weyerbeers Oper „Robert der Teufel“ vortrug, übte eine ungewöhnliche Wirkung in der Friedrichstraße, und der Weisfall, den die Dame nach der prächtigen Leistung erntete, war auch an dieser Stelle wohlverdient. Uebrigens quitierte Carmen Faur über den Applaus, den sie als Konzertsängerin erntete, in origineller Weise. Sie trug einen überliebsten Walzer und dann ein spanisches Tanzlied mit einer Lebhaftigkeit vor, welche bewunderte, daß ihr die leichten Formen der eigentlichen Varietébühnen ebenso geläufig waren, wie die Würde, mit der man den Konzertsaal bescheidet. Neben dieser Künstlerin war Herr — Robert Steidl der Held des Abends. Der bekannte Koppelkünstler war frischer denn je, und kühnlicher denn je erklang der Weisfall, den er einheimste. Aus dem reichhaltigen Programm wollen wir weiter noch die Leistungen des Kunst-Radfahrer-Truppe Kaufmann, sowie die eleganten und sicheren Arbeiter der Luftgymnastik-Familie Reiß hervorheben; lebhafter Weisfall ward auch einem Damen-Gesangs-Quartett, sowie der französischen Sängerin Bertha Luchamp zu Theil.

Im Schiller-Theater wird die Feste „König-Roth“ heute zum letzten Male gegeben. Nächste Woche beginnen die Aufführungen von „Wallenstein's Lager“, „Die Piccolomini“ und „Wallenstein's Tod“ (10. November). Morgen, Freitag, wird Keulings Schauspiel „Das Stärker“ mit dem ersten Male „Ritter in der Nacht“, Feste nach dem Französischen von Heinrich Laube, gegeben und Sonnabend wiederholt. Im Bürgerpark des Rathhauses ist für Sonntag, Wilhelm-Jordan-Abend“ angelegt.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen in Charlottenburg werden auf die heute, Donnerstag Abend 8 Uhr, in Bismarckhöhe, Wilmerdorferstr. 89, stattfindende Volksversammlung für Männer und Frauen aufmerksa

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, d. 4. November.
Oberhaus. Die Weiserfänger von Nürnberg. Anfang 8 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Sappho. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Jugendfreunde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Faust, 2. Theil. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiße. Hofemann's Töchter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Hans Hudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neue. Animo solitario (Einfame Menschen). Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Olette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Ruych - Puyru. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Die Großherzogin von Gersfeld. Anfang 8 Uhr.
Zuifen. Das alte Lied. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Tohu-Bohu. Anf. 7 1/2 Uhr.
Ostend. Die Weiserfänger. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshildisches. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Im Sumpf. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
American. Berlin, wie's näht und trennt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deen-Palast. Spezialitäten.

Schiller-Theater
(Ballner-Theater)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Strich-Pörsi.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Stärkere.** Hierauf: **Mitten in der Nacht.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Das Stärkere.** Hierauf: **Mitten in der Nacht.**

Luisen-Theater
34. Reichendergerstraße 34.
Abends 8 Uhr: **Sum 2 Rufe:**
Das alte Lied.
Schauspiel in 8 Aufzügen von Felix Philipp.
Morgen, Freitag: **Maria Stuart.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen unter Regie von **Julius Türk:**
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr, zu der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Verkaufsheilen.

Central-Theater
Alle Jakobstr. 30.
Direktion **Richard Schultz.**
Donnerstag, den 4. November 1897:
Emil Thomas a. G.
Sum 62 Rufe:
Berliner Fahrten.
Barocke Ausstattungsdosse mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhadt.
Musik von Jul. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Die Weiserfänger. Drama in 4 Akten von G. Weh. Anfang 8 Uhr.
Freitag auf Verlangen: **Am Altar.**
Sonnabend: Die Weiserfänger. Sonntag Nachmittags Volksvorstellung zu halben Preisen: **Wieder des Waisentanten.** Abends: **Klippen der Weisheit.**

Anhaltend täglich ausverkauft!
Dieses Resultat erzielt
Gebrüder Herrnfeld's
1. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater
in Kaufmann's Variété mit den einzig in ihrer Art dastehenden Originalstücken
Ein Abend im Wintergarten und
Im Atelier.
Ausserdem: **Neue Solo-Spezialitäten.**

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Familie Neiss. Mr. Rapoll.
Carmen Faur.
Kaufmann's Kunst-Rad-fahrer-Troupe.
Robert Steidl.
Mlle. Berthe Duchamp.
Der Kosmograf.
Kasseneröffnung: 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62:
Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr. Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschlages!

Passage-Panopticum.
Vom 6. d. M. ab:
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
5 1/2 - 10 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahreshunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Thalia-Theater.
Donnerstag, den 4. November 1897:
Sum 20. Wate:
Hôtel Tohu-Bohu.
(L'Auberge du Tohu-Bohu.)
Boulevard in 3 Akten von Maurice Ordonnaux. Deutsch von Viktor Léon. Musik von Viktor Roger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Dir. **Winkler & Fröbel.**
Neu! Die Neu!
Gallet-Ratten.
Sauptrollen: **H. Winkler** und **Wilhelm Fröbel.**
Zu dem neuen sensationellen November-Programm:
u. a. **Wolpert Tied - Grösstend Adolphi u. Ernesto - Riechies - Frid Ganson - Walter Barbarina** und die hier so beliebten **lebenden Photographien.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Eintritt 30 Pf. bis 1,50 M.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Novität! Täglich: **Novität!**
Diese Radler!
Poffen-Barocke von O. Roeder.
Das Damenregiment.
Operette von Ely. - Musik von Einödhofer.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochen-tag 7 1/2 Uhr.

Konzert-Sanssouci
Kottbuser Strasse Nr. 4a.
Dir. **G. Pierr.**
Kritischer Leiter **Jos. Nishinger.**
Stürmischer Beifall - Kolossaler Erfolg -
Sprechthener.
Sensationell! **Les Colibri,** die feinsten Radfahrer der Welt
Das beste Spezialitäten-Programm Berlin's.
Anfang des Konzerts:
Wochent 7 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Grosser Ball.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntag 50 Pf.
Wochent Passé-partouts gültig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.
H. Pierry.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm m. u. a.: **Dein Waldan, u. a.:** bischöfliche Kostüm - Soubrette
Neu! Mr. Gilson Neu! und **Miss Margaritta,** Jongleur und Gaudibril
Neu! **Der Verlorenen Heimkehr.** Schauspiel
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Neue Welt
S. Hasenhalde 108.
Inhaber **H. Fröhlich.**
Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung** und **Balk.**
Empfehle meine beiden Söhne (mit Theaterbühne) zu Winterfestlichkeiten jeder Art. Einige Sonnabende sind noch frei. Bestellungen für Sommerfeste werden schon jetzt entgegengenommen. 32172*

Volks-Versammlung

am Donnerstag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zühlke, Dennewitzstraße Nr. 13.
Tages-Ordnung:
Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.
Referent: **Otto Antrick.** 212/13
Wege Beteiligung erwartet. Das Komitee.

Kommunalwähler
des 12. und 14. Kommunal-Wahlbezirks.
Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr.
im Lokal „Urania“, Brongestr. 9/10
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtorbitornten **Genossen Vörgmann** über „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Nothen Hause“ 2. Diskussion **Der Einberufer.** 214/15

38. Kommunal-Wahlbezirk.
Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr.
im Saale der Norddeutschen Brauerei, Schauffstr. 57/58:
Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des **Genossen Arthur Stadthagen** über: „Der mit dem Nothen Haus.“ 2. Freie Diskussion. 220/18
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein. Das Wahlkomitee.

Brig. Metallarbeiter. Brig. Gr. öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 7. November 1897, mittags 2 Uhr:
im Lokale des Herrn Dorn, Bürgerstraße 4.
Tages-Ordnung:
Der Riesenkampf der englischen Maschinenbauer. Referent: **Genosse Timm** (Berlin). - Zu dieser Versammlung sind alle in Brig. arbeitenden Metallarbeiter als da sind: **Wärter, Dreher, Fräser, Formier, Maschinenbauer, Weber, Schlosser, Radler, Holzleger, Schmiede** der wichtigsten Tagesberufe wegen eingeladen.
Der Vertrauensmann der Metallarbeiter für Nitzdorf: **Jul. Vloweg.** 170/8

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 7. November, abends 7 Uhr,
in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstrasse No. 75:
Vortrag von **Frau Dr. Zeppler** über:
Der Realismus in der Dichtkunst.
Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Mitglieder und Gäste sind höflichst eingeladen. 6/13
Um zahlreichem Besuch bittet **Der Vorstand.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse
gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen, 5. Abtheilung
(Selbstzahler).
Freitag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Buske**, Genadlerstrasse 33:
Versammlung.
Tagesordnung: Aufstellung von Delegirten zur 6. Abtheilung.
Das Kassensbuch nur dieser Abtheilung legitimirt.
Z. u.: **Oscar Weigand**, Vangestr. 76 268/7

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Vond. gesammten Presse u. Publikum als grösste Sensation anerkannt!
Das flammende Räthsel?
und
16 neue Debuts.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel: **Militär-Graf-Concert.**
Kapelle des 2. Garde-Reg. in Uniform.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

American-Theater.
Dresdenerstr. 55
Donnerstag, den 4. November 1897:
Kolossaler Erfolg! **Stürmischer Beifall!**
Sum 65 Rufe:
Berlin wie's näht und trennt.
Wolpert Tied in Gefang in 2 Akten u. 2. Akt Musik von R. Schmidt.
Der Traum von Bayreuth.
Barock Traumbild
Hugo Schulz als **Eremann**. **Wally Zmolka**, **Gratiana-Soubrette.**
Emmy und **Ernst Reventisch** als **Ruhmst-Geopar.**
Paul Bendig, **Humorist.**
Anfang der Vorstellungen: Sonntag 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.

Circus Busch
(Bahnhof-Börse).
Donnerstag, 4. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Zum 2. Male in dieser Saison:
Nach Sibirien.
Das großartigste aller Wandgeschaustücke.
Reu arrangirt, neu ausgestattet, **Goldständig neue Einlagen.**
Auserdem: Die vorzüglichsten Freiheitsdresdener des Direktors **Busch**, **Colibri**, **ungar. Hengst**, **dröu**, u. ger. von **Sign. Corralini**. **Plüthen** aus dem **Busch**, ein **Quarantänhühner**, **Kuiter**, d. neu engagirten **Spezialitäten**.
Gebr. Satta: Die **Selochpe-Bahrt** an der **Sirkus-Bühne.**
Morgen: **Nach Sibirien.**

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
u. a.: **Walde** als „**Rosel** von der **Wiesel**“, **Orsi** als „**Primadonna**“, **Hoffmann** als „**Jungferle**“, **Sum 64. Rufe:** „**Vene, liebe Vene**“.

Stettiner Sänger
(Wiesel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schröder.)
Anfang: Sonntag 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
u. a.: **Walde** als „**Rosel** von der **Wiesel**“, **Orsi** als „**Primadonna**“, **Hoffmann** als „**Jungferle**“, **Sum 64. Rufe:** „**Vene, liebe Vene**“.

Alcazar
Variété-Theater I. Rangos
Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage)
Annenstrasse 42/43
Direktion **Richard Winkler.**
Bornheimer Familien-Kaufhaus.
Neu! **Novität!** Neu!
Der Herzverführer.
Grosse Ausstattungsdosse in 1 Akt von **Geop. Ely**. **Musik** von **Dolländer.**
Neu! **Novität!** Neu!
In tausend Aengsten.
Aufspiel in 1 Akt.
Auftreten **Samml. Kunst-Spezialitäten.**
Wochentags 8 Uhr
Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr
Entrée 30 Pf.
Dieserwirts **Platz 50 Pf.**

W. Noack's Theater
Braun-Strasse 16.
Heute, Donnerstag, 4. November:
Das Mädel ohne Geld.
Poffe mit Gefang in 3 Akten von **Berg u. Jacobsohn.**
Nach der **Vorstellung** **Tanzfranzöser.**
Freitag: **Die Grille.**
Remontotruhen, **Goldm., Opernpl.**
Spottbillig. Pfandbriefe, **Reanderstr. 6.**

Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen u. Lehrlinge in Berlin.

Nachdem das preussische Ober-Verwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 4. Februar d. J. das Bestehen einer besonderen Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen als mit den Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes nicht vereinbar erklärt hat, hat der Herr Ober-Präsident nunmehr durch Erlaß vom 23. Oktober d. J. die Auflösung dieser Kasse unter nachfolgenden Modalitäten verfügt:
1. Als Tag der Auflösung der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge wird der 1. Januar 1898 festgesetzt.
2. Das vorhandene Vermögen der Kasse ist zunächst zur Beichtigung der etwa vorhandenen Schulden und zur Deckung der vor der Auflösung bereits entstandenen Unterbringungsansprüche zu verwenden.
3. Der etwa verbleibende Rest des Vermögens wird auf diejenigen Personen zu vertheilen, welche die Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge angehörten. Mitglieder überwiegen werden und zwar im Verhältnis zu der Zahl der überwiegenen Personen.
4. Die Weitervericherung der Mitglieder erfolgt bei den Kassen, welche für den Betrieb, in dem dieselben thätig sind, errichtet sind.
Die beteiligten Arbeitgeber haben jedoch die von ihnen versicherungspflichtig beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge vom 1. Januar 1898 ab bei den für ihren Betrieb zuständigen Orts-Krankenkassen anzumelden und dorthin die Versicherungsbeiträge zu entrichten, während die nach dem 31. Dezember 1897 unterbringungsberichtig gewordenen versicherungspflichtigen Handlungsgehilfen und Lehrlinge die Krankenunterstützung ebenfalls von diesen Anstalten zu empfangen haben.
Berlin, den 3. November 1897.
Der Kassenvorstand.

Im Verlage von **Jean Holze**, Hamburg, Gr. Treibbahn 15.
leben erschienen:
Karl Grillenberger's
Portrait in naturgetreuer Ausführung.
Größe 42:48. Preis nur 50 Pf.
Zu haben bei allen bekannten Buchhändlern und Kolporturen.
Wiederverkäufern Rabatt!

Berliner Ressource
Kommandanten-Strasse No. 57
Telephon: Amt IV, No. 9675. 1000b
Sonntag, 28. November, frei geworden.

Geschäfts-Eröffnung!
Freunden und Wännern zur gel. Nachricht, daß ich das
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal des Herrn **Jablonski**,
Raunynstraße 37, 3471L*
abernommen habe und in bisheriger Weise, mit **grohem Frühstücks- und Mittags- und Abends** in **billigen Preisen**, weiterführen werde.
Kaufmann **Otto Müller**, Gastwirth, **Raunynstr. 37.**

Quarg's
Vandeville Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Heute, Donnerstag, bringen die
1. Orig. Budapest
(Vaughy und Spizer)
Die Klavrias-Parthie.
Toller Abend. Dazu
das an Humor alles über-
treffende Spezialität-Programm
Morgen, Freitag, **Solree**
Mandelbaum und die
Fischen Geister.
In Vorbereitung: **Das Wobell!**
Barocke von **Geop. Ely**
Dazu: **Das Armbaud**
Schwanz von **Malmoe Müller**

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkellerei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Juh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen unentgeltlich, sowie
zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten
u. koulanten Bedingungen

Jacob Lenz,
Alle Jakobstr. 69.
(vis-à-vis Feuerstein's Festsäle)
empfiehlt sein **Weiß- u. Bairisch-**
Bier-Lokal nebst **Rezeptionszimmer.**

H. Eberl's Festsäle
Kommandantenstrasse 72.
Habe noch einige Sonn-
abende u. Sonntage im November
und Dezember frei. 1445b

27. November
sollt gratis zu ergeben 3324b
Nieft's Festsäle,
Weberstr. 17.

Deutsch. Portier
Dessert- u. Maltrafidiere I. Rang.
Brauerei Burgallee, Potsdam,
gegr. 1736, bei **J. Glutarne, Brückstr.**
Weich, **Böden.**
Nefons, ab leicht
bestimmt, nahrh.
fröhliche Bier -
Jedblutbild, **best.**
bei **Wahlst.** u.
Wenigstausnahm.
über 14 **Bisch**
drei, 50 **jein** **22.**
erh. In **Wed.** (1/2
1/2, 1/2) 3 **Selbst**
ab, **welent** **bill.**
Allen **Bestandth.**
I. Berlin u. **Proo**
Portierkellerei
Ringler,
Berlin, **Brann-**
nenstrasse 152.
Richtmaßanzahl
- **Dual** **entfähr.**
Wb 25, 30, 40 Pf.
Blatt 50
Kette und **Hüden** 70 und 80 Pf.
Gase, auch ge-
spritz; **Oberbrück.** **Gänse** 60, 65
u. 68 Pf.; **Gänselein, Veien, Vedern.**
Jung-Hühner, Tauben, Enten, Suppen-
hühner, Wild- u. Geflügelhandlung
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Wie schnell
und **billig** kann man sich
einkleiden!
Durch **Einkauf** von **grohen Posten**
verkaufe ich von **heute** ab:
Coedegante Winter-Paletots v. 9 M.
50 Pf. an
Hodenzüßern und **Beierinen-Mäntel**
von 5 M. 25 Pf. an
Koller-Mäntel und **Joppen** von 6 M.
75 Pf. an
Coed. Plad und **Jaquet-Knäpfe** von
12 M. 50 Pf. an
Herren-Josen von 2 M. 75 Pf. an.
Reißer-Josen und **Jaquets** von 4 M.
50 Pf. an
Beber- und **Arbeits-Josen** von 2 M.
35 Pf. an
Burkiden und **Knaben-Paletots,**
Herren-Jaquetts, **Wesien** und **Äbde** in
allen **Größen, Knaben- und Burken-**
Knäpfe, Fahräder, Hüte, Schirme,
Stöck, Wäde, Stiefel, Koffer, Opern-
gläser, Regal, Revolver, Leuchtm.,
Stockfinten, Parmonifas, Weigen,
Sitteln, Trummeln, Regulatoren,
Wären, Ketten, Ringe u. i. w. zu
enorm **billigen Preisen.** 32812*

Gustav Lucke,
Warenhaus,
Berlin, **Dranienstr. 131.**
Für 36 Mark
verfüge keinen **Winterpaletot** u. **Rack,**
für 36 M. u. **Anzug** und **Plad** für
8 - 12 M. u. **Winterjosen** nach **Maß.**
Man überzeuge sich
im Riesenstofflager.
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Möbel
verliehen **gewesene** und **neue, stannend**
billig. **Zertheilung** **gekauft.**
Wemten ohne **Anzahlung.** 29172*
Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.
Restaurations, u. Schant **best. 612.**
Kante, Reichendergerstr. 97. [1645b*
Genosse **hnd.** **freundl. Schöff.** **bei**
Braun, Ramlerstr. 38, Post 1.
Einem **Theil** der **Kaufge**
anreder **heutigen Nummer** **liegt**
ein Prospekt der **Firma Theodor**
Fricke, Oranienstr. 174
und Jannowitz-Brücke 1,
bei.

